

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Der Glaube-Nichts Kittner

Ansichten eines LINKSFRECHEN

Seite 3

■ OBM-Kandidat Jung im Gespräch

über sein Verhältnis zur Linkspartei und die Wahl
zwischen zwei Spitzenkandidaten

Seite 4

■ Heuschrecken über Leipzig

Internationale Finanzfonds schlugen erste Breschen
in Wohnungsgenossenschaften

Seite 5

■ Der Karikaturenprotest

und die Zustände in der arabischen Welt

Seiten 8/9

■ Olympische Kufen

Unseren Sportreporter knutscht ein Elch

Seite 13

4

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
24. Februar

www.
leipzigs-
neue.de

Tusch
für
TÄVE

LN gratuliert ihrem
sportlichsten Abonnenten und Leser

Gustav-Adolf Schur zum 75.

„Legenden“ gibt es inzwischen täglich im Dutzend; Persönlichkeiten mit tatsächlich schon legendären Leistungen dagegen eher selten – Gustav-Adolf Schur gehört zweifellos zu ihnen. Der zweifache Weltmeister im Straßenradsport (1958 und 1959), Olympiamedaillengewinner (1956 und 1960) und zweifache Sieger des größten Amateurradrennens der Welt hat mindestens zweieinhalb Generationen begeistert; als Ausnahmesportler, als Mensch mit Wärme und Rückgrat. „Täve“ hat Hunderttausende zur Internationalen Friedensfahrt an die Straßen gezogen. Am 23. Februar beging er seinen 75. Geburtstag. Leipzig, seine langjährige Wirkungsstätte, wird ihn feiern. Am **Samstag, den 25. Februar von 11 bis 18 Uhr in der Ernst-Grube-Halle der DHfK**. Ein Volksfest im besten Wortsinne mit zahlreichen Überraschungen. Einlader sind die Leipziger Abgeordneten Dr. Barbara Höll (MdB) und Dr. Volker Külow (MdL) in Zusammenarbeit mit dem Verein "Fraktion 2002 e.V."



Täve mit Ehefrau Renate und Tochter Gusti

Auf ein Wort bitte



RALF SCHÄFER
ATTAC LEIPZIG

... schreibt zusammen mit anderen Linken in dieser neuen LN-Rubrik

Widerstand und Macht

Was haben ein Landloser in Brasilien, ein Hungernder in Afrika und ein deutscher Arbeitsloser gemeinsam? Sie sind alle mehr oder weniger große Verlierer im kapitalistischen Weltsystem. Um diese Zusammenhänge zu diskutieren und Widerstand zu bündeln, wurde 2001 das Weltsocialforum (WSF) ins Leben gerufen. Es ist zugleich Antwort auf das Weltwirtschaftsforum der Reichen und Mächtigen in Davos.

Das diesjährige Weltsocialforum war das sechste seiner Art und mit den Veranstaltungsorten Afrika (Mali), Asien (Pakistan) und Amerika (Venezuela) das erste polyzentrische. Das Spektrum der vertretenen

sozialen Bewegungen beim WSF war wie stets vielfältig: von Globalisierungskritikern und Gewerkschaftern über Feministinnen und Umweltaktivisten bis hin zu Marxisten war jede Richtung der Linken vertreten. Als großer Erfolg kann der gemeinsame Aktionsaufruf für den Widerstand gegen den Irakkrieg, den G8-Gipfel und die Jahrestagung von Weltbank und IWF im September bezeichnet werden.

Allerdings gab es auch Konflikte, die ähnlich auch bei sozialen Bewegungen in Deutschland zu finden sind: das Verhältnis zu Machtinhabern und Parteien.

Natürlich lässt sich ein Großereignis mit 120 000 (Venezuela) bzw. 20 000 (Mali) Teilnehmern nur schwer ohne Unterstützung der jeweiligen lokalen Entscheidungsträger durchsetzen. In Venezuela waren jedoch der linke Präsident Hugo Chavez und staatliche Vertreter fast allpräsent, was eine Diskussion über die Unabhängigkeit des WSF hervorrief und sogar zu einem Gegenforum führte.

Die globale soziale Bewegung tut gut daran, sich nicht zu sehr vereinnahmen zu lassen. Die Kooperation mit Regierungen und Parteien kann zwar die Durchsetzungskraft der Bewegung erhöhen, bedroht aber ihre Glaubwürdigkeit. So schlagen gegebenenfalls Machtmissbrauch und Opportunismus der Regierenden auf die soziale Bewegung durch.

Als warnendes Beispiel können die süßen Reform-Versprechungen des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva gelten, die er den sozialen Bewegungen im Wahlkampf machte. Doch die Bilanz nach drei Jahren Regierungszeit ist ernüchternd.

Und auch Chavez hat sich mit einem Agrarabkommen zuungunsten der kleinen Bauern schon den Interessen der Mächtigen gebeugt. Beide haben dadurch an Vertrauen verloren.

Auf lange Sicht sind jedoch Glaubwürdigkeit und Vertrauen für soziale Bewegungen die wichtigste Ressource, um Gegenöffentlichkeit zu erzeugen. Und sie sind umso erfolgreicher, wenn sie auf Distanz zur institutionalisierten Macht bleiben. Das heißt nicht, dass punktuelle Kooperationen unklug wären. Zum Beispiel: Die Entscheidung von Attac, keine Wahlempfehlung auszusprechen war ebenso richtig wie die, jetzt mit der Linkspartei zu einer Demonstration gegen die Bolkesteinrichtlinie zu mobilisieren.

Wichtigste Aufgabe sozialer Bewegungen bleibt aber, den Widerstand in die jeweiligen Unterdrückungszusammenhänge hineinzugetragen und nicht auf den Weg durch die Institutionen zu vertrauen.

In Strassbourg dabei

Attac, der Europäische Gewerkschaftsbund und andere Gegner der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkesteinrichtlinie) hatten zum 14. Februar zur Großdemonstration nach Strassbourg aufgerufen.

Aus allen EU-Ländern, aber auch aus Norwegen, der Türkei und der Schweiz, waren mehrere hunderttausend Demonstranten angereist. Die größten Gruppen bildeten deutsche und französische Gewerkschaften. Höhepunkte schuf zum Beispiel die portugiesische Gewerkschaft UGT, vor deren Block vier Trommler liefen, die für schwungvolle Rhythmen sorgten. Eine niederländische Baugewerkschaft brachte mit einem speziellen Dieselmotor den ohrenbetäubenden Sound eines Sägewerks in Strassbourgs bürgerliche Viertel.

Immer wieder erklang die Internationale – mehrsprachig. Die Stimmung war kämpferisch und optimistisch. Sprachschwierigkeiten wurden fast mühelos überwunden. Die Masse an gleichgesinnten Demonstranten machte potentielle Störungen durch die Gendarmerie oder die Durchsetzung irgendwelcher Auflagen unmöglich.

Ein beeindruckender, nachwirkender Tag. Beeindruckend im negativen Sinne waren die Erlebnisse mit dem Reiseunternehmen PEKLA, dass die Fahrt von Leipzig aus übernahm: die Toilette wurde abgeschlossen, die Heizung nicht runtergedreht, um den Motor besser zu kühlen, eine Frau und die, die sie suchten in Strassbourg gelassen. Nach einer halben Stunde war sie gefunden, doch der Bus fuhr nicht zurück. Dank Bolkestein wird PEKLA seine Dienstleistungen jetzt europaweit anbieten dürfen.

• THOMAS BLOCH

Es stinken nicht nur die Müllsäcke

Müllberge in den Städten können schon sehr unangenehm zum Himmel stinken. Wer dieser Tage in die Ferne sieht, ins bestreikte Baden-Württemberg oder Hessen zum Beispiel, der erlebt denn auch eine geballte „öffentlich-rechtliche“ Stimmungsmache gegen die Streikenden im öffentlichen Dienst. In hurtig vorgehaltene Mikrofone schimpfen aufgebrachte Bürger, dass täglich läppische 18 Minuten mehr zu arbeiten nun wirklich zumutbar sei. Gut gebrüllt, wenn es einen nicht selber trifft. Leider steigen die Gründe für den nicht abtransportierten Müll nicht ebenso in die Nasen. Denn es geht gar nicht nur um die längere Arbeitszeit für weniger Geld. Es geht der Gewerkschaft Ver.di um die Erhaltung von Zehntausenden Arbeitsplätzen. Nicht nur bei der Müllabfuhr, auch in Kindergärten, Krankenhäusern, Verwaltungen ...

Dabei, Bürgerunmut ist ein von Ver.di kalkuliertes Druckmittel im derzeitigen Arbeitskampf. Auch wenn ganz „Objektive“ warnen, solcher Bürgerzorn könnte nach hinten losgehen, zur Entsolidarisierung mit den Streikenden führen. Als wenn die – siehe oben – nicht sowieso mit allen öffentlichen Mitteln vorangetrieben würde. Ver.di kennt diese Zwickmühle und baut dem andererseits ja auch vor, mit Notfallplänen für bestreikte Kliniken zum Beispiel. Aber Müll bleibt trotzdem liegen. Und Kitas bleiben geschlossen. Streik ist Streik.

Doch schon rollt die nächste Drohung an: Ver.di treibe mit diesem größten Streik seit 14 Jahren die doch ungewollte Privatisierung voran. Bei den derzeitigen Streikforderungen seien die Länder und Kommunen ja geradezu gezwungen, Dienstleistungen an private Betreiber zu vergeben. – Mögen die Parlamentarier klüger sein und dem sichere Riegel vorschleichen. Hier können sie, quer durch alle Parteien, beweisen, wie ernst es ihnen mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen ist. • M. W.

Für die Birthler haben wir's doch

Die Stasi-Unterlagenbehörde werde voraussichtlich noch zehn bis 15 Jahre eigenständig tätig sein, hofft deren Chefin Marianne Birthler. Seien auch die Anträge auf persönliche Akteneinsicht langfristig rückläufig, so sei diese Arbeit der Behörde doch der „wichtigste Beitrag zur persönlichen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Diese und andere Wichtigkeiten stehen in einer Meldung, die dieser Tage nach Sitzung des Bundestagsausschusses Kultur und Medien an die Medien ging.

Nun läuft aber Ende 2006 die 15-jährige Frist für Regelanfragen aus, und wie es scheint, ist niemand mehr bereit, diese Frist zu verlängern. Gefahr für sichere Arbeitsplätze! Der aber bietet die Behörde bereits mit einem Pilotprojekt paroli. Ein Teil der zerschnipselten Akten soll per Computer wiederhergestellt werden. Was Frau Birthler in besagter Sitzung auch kund tat; was aber dann nicht in der Pressemeldung stand, sei hier nachgereicht: Allein für das Zusammenfügen der Schnipsel in den 15 000 Papier-Säcken wurden 15 Millionen Euro veranschlagt, für das Pilotprojekt von 400 Säcken alleine 6 Millionen.

Eine teuer bezahlte Hoffnung auf „noch viel Brisantes“. Am liebsten wären all den Birthlern natürlich Morde, Verschwörungen, Kriegsvorbereitungen ...

• MX

Erich Zeigner zum 120.



LN. Zahlreiche Leipziger Persönlichkeiten, Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Vereinen trafen sich am 17. Februar auf dem Südfriedhof am Grab von Erich Zeiger zu einer Kranzniederlegung anlässlich dessen 120. Geburtstages. Auch OBM-Kandidat Burkhard Jung, SPD (auf dem Foto inmitten von Mitgliedern der Linkspartei), ehrte den sozialdemokratischen Leipziger Nachkriegsbürgermeister. Zeigner versuchte seinerzeit unter Einbeziehung aller demokratischen Kräfte die Lebensmittelversorgung, die Energie- und Wasserversorgung, das Verkehrswesen und den Betrieb von Messe und Universität wieder zu sichern, wie Stefanie Götze (Linkspartei) als eine der Rednerinnen hervorhob. Er habe auch die Gründung der SED befürwortet auch deren Dominanz bei politischen Entscheidungen mitgetragen. Dennoch geriet er in sich häufende Konflikte, was die zunehmende Zentralisierung der Partei anging. Unermüdlich arbeitend, erkrankte Zeigner im Frühjahr 1949 schwer und verstarb am 5. April 1949.

Foto: Märker

LESER MEINEN

Gauck macht Eltern zu Lügnern

Empört über die Aussage des Pfarrers Gauck vor einer Klasse der Kollwitz-Schule in Zwickau (LN 3/06, S. 16), die Schüler mögen den Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern über die DDR keinen Glauben schenken, war ich zunächst sprachlos über solche Ignoranz.

Hier maßt sich ein bornierter Antikommunist und ausgewiesener DDR-Hasser an, über Wahrheit und Unwahrheit zu befinden und dabei zwei Generationen als Lügner abzustempeln, wenn sie objektiv über die DDR berichten. Ganz abgesehen davon, in welchen Zwiespalt er damit Kinder und Eltern zu den älteren Generationen bringt, war diese Aussage eine pädagogische Meisterleistung. Bekanntlich wird in den heutigen Geschichtsbüchern kaum etwas über die DDR geschrieben, und wenn, dann sind diese Aussagen auf „Stasi“, SED und „Unrechtsstaat“ reduziert, wie erst kürzlich ein westdeutscher Historiker in der LVZ feststellte. So, als habe es eine ganz normales Leben in diesem Staat überhaupt nicht gegeben.

Dieser nach wie vor anhaltenden Geschichts-

klitterung muss immer wieder begegnet werden. Wer kann das besser als meine Generation. Deshalb werde ich auch meinen Kindern und Enkeln immer wieder erzählen, dass die DDR ein friedliebender, an den Interessen der einfachen Menschen orientierter sowie international anerkannter Staat war. Die Mehrheit der DDR-Bürger fühlte sich, bei allen entwicklungsbedingten Fehlern und Mängeln (die immer wieder systemimmanent dargestellt werden!) in diesem Staatswesen wohl. Ich lass mir von einem selbsternannten Hohepriester der modernen Inquisition nicht vorschreiben, wie ich gefälligst zu denken und zu handeln habe. Seit mit der Bildung der Gauck-Behörde die Hexenjagd auf DDR-Bürger eröffnet wurde, ist ohnehin schon zu viel Unheil angerichtet worden. Das „Verbrechen“ der verfolgten Bürger bestand lediglich darin, sich für ihren Staat aktiv engagiert zu haben. Eine Eigenschaft, die jedem Bürger eines anderen Staates positiv angerechnet wird.

G. FLEISCHHAMMER,
LEIPZIG

Ansichten eines

Glaube-Nichts...

Dietrich Kittner sollte kommen, am heutigen Erscheinungstermin dieser Zeitung! Aber er kam dann doch nicht ... nach Leipzig. Der Auftritt wurde kurzfristig gestrichen, da auch der weitere OBM-Wahlkampf durch Linkspartei und WASG gestrichen wurde. Bedauerlich, denn die erwartungsfrohen Fans des „Linksfrechen“ müssen nun am Wochenende nach Chemnitz oder Dresden touren oder bis zum März 2007 warten, da ist ein Auftritt an der Pleiße geplant. Grund genug für LEIPZIGS NEUE und MICHAEL ZOCK wenigstens etwas Trost zu spenden und den Hochgelobten, Vielgefagten, Hochdekorierten (Deutscher Kleinkunstpreis etc) und Vielbeschimpften exklusiv zu fragen ... über KULTUR, KARIKATUR, KABARETT und natürlich KITTNER.



Kittners Wort zum Samstag: „Wenn man andauernd auf ideologischen Plattfüßen herumsteht, sind ideologische Einlagen manchmal sehr hilfreich.“

● Satire und Karikatur sind in wahrhaft mörderische Schlagzeilen geraten. Beißen Sie sich jetzt auch bei bestimmten Themen auf die Zunge?

Nein, da ändert sich nichts. Ich habe immer gesagt: Alles ist erlaubt ... nur nicht unterhalb der Gürtellinie! Es ist auch eine Frage der kulturellen Sensibilität. Ich beobachte deren Verkümmern seit Jahren. Da erschien damals ein Artikel über den 11. September 2001 und hinter den Namen derer, die Tod sind, druckte eine große Zeitung immer ein Kreuz. Das fällt einem Deutschen offensichtlich schon gar nicht mehr auf, das auch da etwas nicht stimmt. Und weil's jetzt gerade so schön zum Jubiläum passt: Es gab auch mal eine Heinrich Heine Briefmarke, da war das Geburts- und Todesdatum mit diesen germanischen Runen angegeben. Natürlich gibt es im Kabarett gezielte Geschmacklosigkeiten, die man veranstalten kann. Da muss ich aber darauf achten, dass sie begründet sind, um dann als solche erkannt zu werden. Ich geb mal ein Beispiel: *Die USA gehen ja mit ihren Gefangenen aus islamischen Ländern sehr sorgsam um, da wird auf die religiösen Bedürfnisse Rücksicht genommen, und man bietet den Koran als Klopapier. Bush hat sich geäußert, es sei ein Versehen. Er wollte eigentlich die Bibel nehmen.* Ich bin mir auch gar nicht sicher, wo er da jetzt so vieles hochputscht. Das müssen nicht nur radikale Muslime sein oder deren Geistlichkeit. Es gibt ganz andere Hintermänner, denen an einer Verschärfung der Situation im Iran sehr gelegen ist, um einzumarschieren.

● Sie misstrauen demzufolge mit dem ersten Blick den Fernsehnachrichten und plädieren für einen zweiten?

Ich geh überhaupt mit den elektronischen Medien sehr vorsichtig um. Als ein Mann des Wortes achte ich sehr auf Formulierungen und ärgere mich über all diese dummen Vokabeln, die allerdings wirklich gezielt durch den Äther rauschen.

● An welche erinnern Sie sich in der letzten Zeit?

Da heißt es plötzlich: Der Mob, der wegen der Karikaturen aufgebeht. Ich vermute, wenn etwas ähnliches in Deutschland geschehen wäre, und es hätten vertrie-

bene Schlesier protestiert, dann wäre schlimmstenfalls der Begriff Demonstranten oder empörte Mitbürger zu vernehmen. Kürzlich wollte mir sogar ein Fernsehkommentator weismachen: *Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit schafft neue Arbeitsplätze ...*, der Mann wurde nicht mal rot dabei. Das wird dem Zuschauer ganz ernsthaft verklickert. Ich kontere das in meinen Programmen und sage: *„Bringt es ja auch! Du musst nur jedem 67-jährigen Maurer einen Altenpfleger zur Seite stellen.“* So richtig lustig ist das wahrlich nicht.

Und dann dieses: Jeder soll doch bitte schön anpacken und nicht jammern! Nur keiner sagt einem Arbeiter, wo er anpacken soll. Wenn ich dann noch höre: Die Situation ist schlimm in dem Land! Stellt Euch mal nicht so an und ertragt mal etwas! Mit Verlaub: Das haben die Nazis auch schon gekonnt.

Meine Memoiren werden übrigens unter dem Titel: *Aus dem Leben eines Glaube-Nichts* erscheinen.

● An eine Leipziger Mauer war der Satz gespragt: Wut ist Hass über nicht gelebtes Leben. Berührt Sie diese Sicht, denn eine Ihre Erkenntnisse lautet ja: Wut hält jung?

Man könnte ganz schönen Frust haben über die gegenwärtige Situation ... wenn man nicht so eine Wut hätte! Über diese Dreistigkeit mit der einem Regierungsköpfe Unlogik als Logik verkaufen und dabei noch grinsen oder lächeln.

Hartz IV heißt für junge Leute bald 20 Prozent weniger auf dem Konto. Da sollte doch Müntefering ehrlicherweise gleich einen Strick dazu legen, denn von 260 Euro zu leben, ist so gut wie unmöglich. Hinterher werden sich die klugen Einsparer wundern über steigende Kriminalität. Was bleibt manchen armen Schweinen denn anderes übrig, für das bisschen Leben? Also muss baldigst die Polizei aufgerüstet werden und die Bundeswehr im Innern eingreifen dürfen. So entsteht eine verhängnisvolle ewige Gewaltspirale.

● Ich spüre, Sie werden im Moment wütend?

Beim jetzigen und früheren Innenminister Herrn Schäuble wundere ich mich gar nichts mehr. Der fordert schon seit 25 Jahren den Einsatz der Bundeswehr im

Innern, wegen ständig wechselnder Terroristen. Das sind so Dinge, wenn man das seit Jahrzehnten beobachtet, dann packt einen die Wut oder um es vornehmer auszudrücken: Es erfüllt einen mit Empörung.

● Die gehört aber zum politischen Kabarett ...

Satire entsteht immer aus Widerspruch und Wut. In meinem allerersten Programmheft vor 46 Jahren habe ich geschrieben: Also wenn die Verhältnisse mal so werden, das alles in Ordnung ist, dann würde ich ja gerne den Vorhang fallen lassen. Ich fürchte, ich werde das nicht mehr erleben.

● Ein Satiriker kämpft also immer für die eigene Arbeitslosigkeit?

Ja, wenn sie so wollen. Und: Ich fühl mich beleidigt, wenn mich jemand belügt. Ich glaube und hoffe, dass die Menschen in unserem Land sich beleidigt fühlen und sollten, wenn sie von den Obertanen belogen werden.

● Ein schöner Begriff. Nun haben andererseits die Untertanen derzeit in Leipzig offenbar gar keine rechte Lust mehr, ihren Obertan zu wählen.

Ich prophezeie: Ganz zum Schluss bleibt die Wahlbeteiligung unter fünf Prozent und dann wird die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHE BANK ausgerufen. Und die Regierungsposten werden an der Börse gehandelt. Das ist die Entwicklung, die sich jetzt andeutet.

Es stimmt ja nicht, dass die Leute politikmüde sind, sie lassen sich nur nicht mehr gerne beschießen. Die Franzosen oder die Italiener würden auf die Straße gehen. Wir sind da zurückhaltender. Aber ich bin überzeugt: Es hat wenig Sinn, die Faust nur in der Tasche zu ballen. Man muss seine Meinung sagen oder auch mal lautstark protestieren.

● Auf Leipziger Montagsdemos?

Auch da. Das war ja konsequent, dass es wegen Hartz IV wieder Montagsdemonstrationen gab ... nicht nur in Leipzig. Die Ossi haben ja Übung mit den Montagsdemos. Es gibt nur ein Unterschied: Früher kamen sie von der Arbeit.

● **Herr Jung, empfinden Sie es als eine Richtungsentscheidung, zu der Sie am 26. Februar antreten?**

Unbedingt. Es geht bei der Oberbürgermeister-Wahl darum, ob Leipzig eine soziale, internationale und offene Stadt bleibt und sich dabei weiterentwickelt oder ob es die Stadt eines Dresdner Verwalters wird, der den Ausverkauf der Stadt forcieren würde.

● **Haben Sie mit dieser extremen Zuspitzung des Wahlkampfes gerechnet?**

Ich bin immer von zwei Wahlgängen ausgegangen, besonders mit Blick auf die vielen Unentschiedenen, aber auch mit Blick auf das Ausnahme-Ergebnis von Wolfgang Tiefensee im Jahr 2005. Überrascht hat mich die geringe Wahlbeteiligung.

● **Noch einmal: Hatten Sie inhaltlich mit einer solchen Zuspitzung der Auseinandersetzung gerechnet?**

Sie ist erst entstanden mit dem Rückzug der Kandidaten Dr. Pellmann und Weichert nach dem ersten Wahlgang, und zwar personell. Im Hinblick auf die politische Heimat der verbliebenen Kandidaten sehe ich keine außergewöhnliche Zuspitzung, die stehen in ihren Lagern.

● **Können Sie etwas zu Ihren Empfindungen sagen, als Sie erfuhren, Dr. Pellmann als Kandidat von Linkspartei und WASG tritt im zweiten Wahlgang nicht wieder an?**

Erleichterung – und der Gedanke: Klug für Leipzig.

● **Was bedeuten Ihnen mögliche Stimmen von Stammwählern der Linkspartei?**

Ich werbe sehr um die Stimmen der Linkspartei, bitte aber um Verständnis, dass es im Vorfeld

Wer die Wahl hat ...

Burkhard Jung, Kandidat der SPD für das Amt des Leipziger Oberbürgermeisters, über sein Verhältnis zur Linkspartei, neue politische Akzente und die staatsbürgerliche Aufgabe, wählen zu gehen

des zweiten Wahlgangs nicht zu Absprachen kam, die ich nicht einlösen kann. Der Oberbürgermeister vertritt die gesamte Bürgerschaft; er sollte sich freihalten von Vorabsprachen.

● **Wo gibt es für Sie politische Schnittmengen mit der Linkspartei?**

Hohe Sensibilität für soziale Fragen und dass ein Sieg des CDU-Kandidaten verhindert werden muss. Denken Sie nur an die Materialschlacht der Union. Ich möchte nicht, dass das große geheimnisvolle Geld entscheidet, wer in Leipzig Oberbürgermeister wird.

● **Stimmt „die Chemie“ zwischen Ihnen und führenden Kommunalpolitikern der Linkspartei in Leipzig?**

Es gibt eine absolut konstruktive Zusammenarbeit mit Rüdiger Ulrich als stellvertretendem Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses. In vielen Fragen der inhaltlichen Ausgestaltung von Schule stimme ich mit Margitta Hollick überein, auch wenn wir bei den Schulschließungen unterschiedlicher Meinung sind. Ich habe ähnliche Einschätzungen zu Hartz IV wie Dietmar Pellmann. Sehr verlässlich ist Lothar Tippach: Bei ihm ist ein Wort immer ein Wort – ohne doppelten Boden.

● **Wo würden Sie als Oberbürgermeister andere politische Akzente als Ihr Amtsvorgänger Tiefensee setzen?**

Zur Politik und zur OBM-Kandidatur bin ich mit einem anderen Hintergrund gekommen. Ich stamme aus einfachen Verhält-

nissen und habe keinen bildungs-bürgerlichen Hintergrund. Im Leipziger Sozial-Dezernat habe ich hohe Sensibilität für viele wichtige Fragen erworben, die uns in dieser Stadt beschäftigen. Ich sehe nicht nur diejenigen, die im Licht stehen, sondern vor allem diejenigen, die im Schatten stehen. Deshalb weiß ich um Sorgen und Nöte von der Arbeitslosigkeit über Krankheiten bis hin zur sozialen Sicherheit im Alter.

● **Welche Politik leiten Sie daraus ab?**

Eine Anwaltschaft für Menschen in schwierigen sozialen Lagen. Als OBM würde ich stärkere Akzente in der Kinder- und Jugendpolitik setzen sowie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, soweit wir das bestimmen können. Ich denke außerdem darüber nach, als OBM in die Trägerversammlung der ARGE einzutreten.

In der Verwaltung würde ich auf meine eigene Art die Zügel in die Hand nehmen und führen.

● **Was heißt das?**

Ich verlange eine offene, lösungsorientierte Ansprache von Problemen. Vor allem die gemeinsame Suche nach Lösungen im Kreis der Kollegen prägt meinen Stil, denn ich bin ein teamfähiger Mensch.

● **Welche Signale kämen von Ihnen in Richtung der Staatsregierung in Dresden?**

Hier würde ich an die Politik von Tiefensee anknüpfen und zum Beispiel über den Sächsischen Städte- und Gemeindetag unsere Stimme einbringen, um die

Interessen Leipzigs noch stärker zur Geltung zu bringen. Vertiefen würde ich die Partnerschaft der drei großen Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz, um zu verhindern, dass wir gegen die kleineren Kommunen ausgespielt werden. Es gibt seit Hartz IV übrigens schon neue Akzente in der Zusammenarbeit der großen Städte, die von dieser Arbeitsmarktpolitik besonders betroffen sind.

● **Hätten Sie Verständnis für Leipziger, die nicht zum zweiten Wahlgang der OBM-Wahlen gehen?**

Wahlen halte ich für eine staatsbürgerliche Aufgabe, ohne die die Demokratie zerfallen würde. Deshalb will ich Menschen überzeugen, dass sie wählen gehen. Allerdings denke ich, dass es uns nur unzureichend gelungen ist, den Menschen klarzumachen, wie elementar wichtig Oberbürgermeister-Wahlen sind, und zwar für alles, was im Stadtteil vor sich geht – von der Graffiti-Beseitigung über den Zustand der Gehwege, den Ort des Weihnachtsmarktes bis zum Thema Schule. Lassen Sie es mich so sagen: Bei der OBM-Wahl geht es um die konkreten Lebensbedingungen jedes einzelnen Leipzigers, und zwar für einen recht langen Zeitraum. Das sollte jede Wählerin und jeder Wähler bedenken.

● **Rechnen Sie am Sonntag mit einem „Fotofinish“?**

Ich bin zuversichtlich, mit klarer Mehrheit zu gewinnen.

• **INTERVIEW:**
HELGE-HEINZ HEINKER

Jung ist keine Alternative

LN erreichte zum Redaktionsschluss noch eine Mitteilung von Mitgliedern des WASG-Kreisverbandes Leipzig/Leipziger Land, der zu Folge sie „mit völligem Unverständnis zur Kenntnis genommen“ haben, „dass unser Kreissprecher Enrico Stange zusammen mit Vertretern der Leipziger Linkspartei.PDS am 7. Februar im Namen der WASG Leipzig (!) eine Erklärung unterzeichnet hat, die indirekt aber deutlich dazu aufruft, bei den Nachwahlen am 26. Februar Burkhard Jung (SPD) zu wählen, um einen CDU-OBM zu verhindern“.

Es heißt weiter: „Wir brauchen keinen SPD-OBM, sondern Widerstand! Die CDU drängt auf weitere Privatisierungen, auch in den Kernbereichen LVV und LWB und bei der St. Georg-Klinik.“

Aber Privatisierung kann nicht mit Jung verhindert werden. Es sind kampfstarke Belegschaften und widerständige Bürgerinnen und Bürger, die den neoliberalen Politikern, egal ob ‚rot‘ oder schwarz, einen Strich durch die Rechnung machen können! Gerade deshalb halten wir es für völlig falsch, Illusionen in die Sozialabbau-SPD zu schüren. Wir brauchen Kampagnen, die die Belegschaften stärken und die Argumente in der Bevölkerung verbreiten.“

Es folgen zehn Unterschriften: I. Brinksmeier, J. Zimmermann, T. Günther, R. Schaumberg, J. Zetzsche, F. Tuzek, K. Schmidt, I. Meinecke, K. Schramm, Ch. Wälz,

SO SEHE ICH DAS



Manchmal, wenn gerade wieder eine schreckliche Katastrophe passiert ist und ich mich dennoch freudig anschiebe, in ein Flugzeug zu steigen, ist es gut möglich, dass mich meine Freundin in ihr Gebet mit einschließt. Aus Sorge um mich. Eine rührende Geste. Was sollte ich dagegen haben.

Wenn ich aber nun in meinem Urlaubsreiseleichtsinn wirklich irgendwo abstürze, untergehe, entführt werde, verschüttet oder einfach verschollen bin? Wie kann ich mich dagegen wehren, dass eine Messe für mich gelesen wird, mit Weihrauch und sonstigem Primborium; für mich, die ich nun wirklich weder in den Himmel komme noch dorthin will? Darf ich von einer missionarischen Gesellschaft oder ihren Dienern dermaßen vereinnahmt werden, noch über den Tod hinaus, wie es heute Gang und Gebe ist?

Ein – scheinbar – ganz anderer Fall: Am 3. Februar wurde in Köln mit mehr als 100 Firmenrepräsentanten aus dem irakischen Krisengebiet und dem Bagdader Administrator für Wirtschaftsfragen ein „Deutsch-Irakisches Unternehmertreffen“ eröffnet. Wie www.foreign-policy.de informiert, mit direkten Beiträgen zur

Kriegswirtschaft, über die öffentlich natürlich nicht informiert wird und mit anderen „branchenübergreifenden“ Projekten im Bauwesen beispielsweise. Sämtliche Vorhaben setzen sich über den illegitimen Status der irakischen Handelspartner hinweg. Denn was sind sie in diesem besetzten Land anderes als Vertreter einer vom Ausland abhängigen Kriegspartei ohne wirklich Hoheitsgewalt. *Foreign-policy* verweist darauf, dass die in Köln zustande gekommenen Vertragsvereinbarungen oh-

Vom Beten und von Geschäften

nehin völkerrechtlich für nichtig erklärt werden können. Das zum einen. Zum anderen tagte diese illustre Runde genau zu der Zeit, in der das Schicksal der beiden Leipziger Geiseln immer ungewisser wird (jedoch der DIHT einräumte, dass in „dringenden Fällen ... ausländische Fachkräfte in den Irak geschickt“ werden müssen. Eine profitable Notwendigkeit, die schon mit mehreren Menschenleben bezahlt wurde – und über die sich die Leipziger Ingenieure gewiss bewusst waren). Dass die irakischen Entführer nun auch von Deutschland eine Korrektur seiner Irak-Politik erpressen wollen und deshalb unter anderem den Rückzug deutscher Firmen aus Irak verlangen, berührte die Kölner Runde offenbar nicht. Vielleicht hätte dieses Treffen ja ein Zeichen setzen und seine Verhandlungen wenigstens aussetzen können? So aber provozierten sie mit ihrem Tun die Hinrichtungen eher noch. Nichts, aber auch gar nichts gegen solidarische Leipziger, die sich jetzt zu Hunderten an der Nikolaikirche treffen. Solidarität steckt ihnen nun einmal im Blut. Und

die Angehörigen der Verschleppten brauchen sie dringend. Aber wenn ich höre und lese „Fürbitten und Gebete“ für die beiden Geiseln seien das einzig Mögliche in dieser Situation, dann, pardon, kann ich nur bitter lachen. Und ernsthaft fragen: Was macht eigentlich Cryotec-Chef Bienert immer so dicht neben Pfarrer Führer? Betet er auch? Er ist nun einmal mit den Resten der Bennewitzer volkseigenen Maschinenbaufirma im Kapitalismus angekommen. Da muss er selbst mit dem

Teufel Geschäfte machen, bei Strafe seines Untergangs.

Bitter lachen kann ich auch nur, wenn der anwesende Deutschland-Korrespondent des Senders Al-Dschasira freundlich bestätigt, nicht nur die Deutschen, auch die Regierung sei gegen diesen Krieg gewesen. Und was war mit den schweren US-Bombern, die Richtung Irak über Leipzig fliegen konnten, während unten am Boden zigtausende wirklich gegen diesen Krieg demonstrierten? Die deutsche Regierung hatte die Überflugserlaubnis erteilt – und manch andere Hilfe auch, wie zur Zeit – hoffentlich – erforscht wird. Den Müttern der beiden Geiseln alles Glück dieser Welt. Und das ist die baldige Freilassung ihrer Söhne. Wer sich hilflos fühlt – wie viele beteuern, die jetzt mit ihrem Mitgefühl für die Familien der Geiseln zur Nikolaikirche gehen –, der sollte sich fragen, wer ihn hilflos haben und mit Gebeten in seine Schranken weisen will. Die Leipziger waren während der Zeit des Irak-Krieges mit ihren Protesten schon viel direkter und auch politisch weit über die Kirche hinaus organisiert.

• **MAXI WARTELSTEINER**

Von **JOACHIM TESCH**

Während sich die Leipziger OBM-Kandidaten noch gegen einen Verkauf der städtischen LWB aussprachen und die Öffentlichkeit aufmerksam nach Dresden auf den Totalverkauf der dortigen städtischen Wohnungsgesellschaft WOBAschaute („Gott sei Dank – wir sind nicht Dresden“), sind die internationalen Finanzfonds – die „Heuschrecken“ – schon mehr oder

umfangreiche Wohnungsbestände aufzukaufen. Ihre erste deutsche Tochtergesellschaft wurde zwar schon im Jahre 1995 gegründet, aber erst in den letzten Jahren wuchs ihr Netz in Deutschland laut Handelsregister auf 27 Firmen an. Darunter befinden sich auch seit Oktober 2005 zwei neue Töchter in Leipzig – die Conwert Grundbesitz Leipzig Besitz GmbH und die Conwert Grundbesitz Leipzig Bestand GmbH, beide mit Sitz in der hiesigen Inselstraße und zwei Geschäftsführern aus Wien. Die andere Seite: Die Baugenossenschaft Leipzig verfügt auf Grund ihrer langen Geschichte im Unterschied zu den aus

Genossenschaftsmitgliedern geforderten außerordentlichen Vertreterversammlung stimmte dann eine große Mehrheit der Vertreter nachträglich dem Verkauf zu. Die Interessenlage ist eindeutig: Im Interesse der Modernisierung ihrer Genossenschaftswohnung opferte die Mehrheit eine Minderheit der Genossenschaftler. Um in ihrer jetzigen, aber verkauften Wohnung bleiben zu können, werden deren Mieter in der Regel aus der Genossenschaft austreten. Der Verkauf hätte wohl nur verhindert werden können, wenn die betroffenen Genossenschaftler in ihrer Gesamtheit rechtzeitig darauf bestanden hätten, entsprechend ihrem

eine maximal mögliche Erhöhung der Mieten. Dabei wird auch kaum auf den örtlichen Mietspiegel Rücksicht genommen; Klagen von Mietern sind einkalkuliert.

3. Weitestmögliche Mieterprivatisierung. Da die Wohnungen relativ billig erworben wurden, lassen sich selbst mit „angemessenen“ Verkaufspreisen noch nennenswerte Gewinne erzielen.

4. Vernachlässigung von Beständen. Wohnungen, die sich in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht weiter verkaufen lassen, werden weder modernisiert noch instand gesetzt. Hier spekuliert der neue Eigentümer auf Vermietung an Alg-II-Empfänger und ähnliche Einkommensschwache; damit entstehen Sozialghettos.

„Heuschrecken“ in Leipzig Erste Opfer: Wohnungsgenossenschaftler



weniger unbemerkt auch in Leipzig eingefallen, wo sie (zunächst) nicht die LWB, sondern Genossenschaften attackieren.

So verkaufte die Sparkasse Leipzig im Sommer 2005 Problemkredite für Wohn- und Gewerbeimmobilien an den in Texas beheimateten US-Fond Lone Star; der Erlös betrug rund 50 Mio. Euro – Experten schätzen den ursprünglichen Wert in ähnlichen Fällen auf das Doppelte oder Dreifache. Diese „Geierfonds“ treiben die Außenstände in der Regel rücksichtsloser ein als vor Ort ansässige Banken. Lone Star erwarb von der Hypo Real Estate auch Verbindlichkeiten der Wohnungsgenossenschaft Pro Leipzig; dadurch drohten dieser erhebliche Gefahren, bis der andere Großgläubiger der Genossenschaft – die Sächsische Aufbaubank (SAB) die betreffenden Verbindlichkeiten von Lone Star übernahm.

Der erste große Einbruch in den Leipziger Wohnungsbestand gelang einem internationalen Finanzkonzern bei der ältesten, im Jahre 1898 gegründeten, traditionsreichen Wohnungsgenossenschaft Leipzigs, der Baugenossenschaft Leipzig eG: Am Anfang dieses Jahres gingen 2300 Wohnungen, das sind rund ein Fünftel des Bestandes, in den Besitz des in Österreich beheimateten Konzerns Conwert Immobilien Invest AG über. Wie kam es dazu und was sind die wahrscheinlichen Folgen?

Die eine Seite des Geschäfts: Die Conwert AG befindet sich seit einiger Zeit auf Expansionskurs und ist dabei, sowohl in Österreich als auch in Deutschland

ehemaligen AWG der DDR hervorgegangenen Genossenschaften über einen großen älteren Wohnungsbestand, der zu einem erheblichen Teil modernisierungsbedürftig ist. Der Druck der Bewohner und der Wohnungsleerstand wurden mit der Zeit immer größer. Verhandlungen des Vorstandes mit in der Region vertretenen Banken über erforderliche Darlehen führten zu keinem befriedigenden Ergebnis – die mit dem Banken-Abkommen Basel II verschärften Kreditbedingungen ließen grüßen! In dieser Situation sahen Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaft offensichtlich keinen anderen Ausweg als den Verkauf von Wohnungen, um mit dem Erlös die anstehenden Modernisierungen finanzieren zu können. Sie betrieben den Verkauf mit großer Heimlichkeit; auf der Internet-Seite der Genossenschaft fand sich noch im Januar d. J. weder unter „Aktuell“ noch unter „Geschichte“ irgendein diesbezüglicher Hinweis. Auf einer vor allem von durch den Verkauf ihrer Wohnungen betroffenen

Status als Genossenschaftsmitglied eine adäquate Genossenschaftswohnung zu behalten bzw. zu erhalten. Aber dieser Widerstand kam nicht zustande, wohl auch, weil sie sich im Grunde schon vorher mehr als „Mieter“ denn als Genossenschaftler fühlten, und wohl auch, weil sie den mit gewinnendem Lächeln gegebenen Versprechungen des neuen Eigentümers Glauben schenken.

Wie wenig dieses Vertrauen gerechtfertigt ist, zeigen Experten-Analysen der betriebswirtschaftlichen Zielstellungen dieser internationalen Finanzfonds, die durch die ersten Erfahrungen bereits inzwischen verkaufter Wohnungsbestände der öffentlichen Hand – wie z. B. der GSW Berlin – bestätigt werden. Um 20 und mehr Prozent Eigenkapitalrendite zu erreichen, schlugen die Finanzfonds vor allem folgende Wege ein:

1. Einführung eines „modernen Gebäudemanagements“. Im Klartext heißt das: Senkung der Personalkosten durch Entlassung von Personal für Mieterbetreuung und Verwaltung.
2. In Verbindung mit der Modernisierung

Befürworter dieser Art von Privatisierung öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbestände verweisen auf die Vereinbarung von Sozialchartas und ähnliche Zusicherungen der Finanzfonds. Darauf setzen nur Leichtgläubige. Ein beliebter Weg, um sich solchen Verpflichtungen zu entziehen, ist die Ausgründung in Tochtergesellschaften, so dass die Zusicherungen dann bestenfalls noch für die Holding gelten. Spätestens beim Weiterverkauf der Wohnungsbestände – an einem langfristigen Engagement sind die meisten internationalen Finanzfonds nicht interessiert – hält sich sowieso kein neuer Eigentümer mehr an solche sozialen Zusagen.

Den Bewohnern ehemaliger Wohnungen der Baugenossenschaft Leipzig und jetzigen Mietern eines Conwert-Unternehmens bleibt zu wünschen, dass ihnen dieses Horror-Szenario erspart bleibt. Das wird aber weitgehend von ihnen selbst abhängen. Nachdem sie fast widerstandslos ihre Wohnungen haben verkaufen lassen, gilt umso mehr: Wehret den nächsten Schritten zur Profitmaximierung!

Generell bleibt festzustellen: Mit internationalen Finanzfonds und deren Unternehmen ist eine sozial verantwortbare Wohnungs- und Kommunalpolitik nicht möglich. Deshalb ist die Privatisierung zu verhindern, wo und solange sie noch zu verhindern ist. Dabei ist aus linker gesellschafts- und wohnungspolitischer Sicht nicht nur der Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände – wie kommunaler Wohnungsgesellschaften – abzulehnen, sondern ebenso der Übergang genossenschaftlicher Wohnungen in profitdominierte Kapitalgesellschaften. Auch hier sollten sich die Sächsische Aufbaubank und andere, genossenschaftsfreundliche Banken konstruktiv engagieren. Erfreulicherweise haben sich andere Leipziger Wohnungsgenossenschaften – wie z. B. „Kontakt“ – ausdrücklich gegen einen solchen Verkauf ihrer Wohnungen ausgesprochen.

Kammerbezirkspräsident Wolfgang Topf stellte am 7. Februar die Ergebnisse der Umfrage vor, an der sich 645 Unternehmen mit etwa 34 000 Beschäftigten aus allen sieben Wirtschaftsbereichen beteiligten. Diese sind wieder sehr differenziert. Erstmals seit der Talfahrt Mitte der neunziger Jahre registrierte man jetzt einen leichten Aufwind. 26 Prozent der Betriebe werteten ihre Lage mit „gut“, 23 mit „schlecht“. Dies bedeutet eine Verbesserung von 11 Prozent seit der Jahresmitte 2005. Hauptverantwortlich zeichnet die Industrie dank

Aktuelle Konjunkturumfrage der IHK Leipzig zum Jahreswechsel

BMW-Werk, sie erreichte einen Zuwachs von 20 Prozent zum Vorjahr. Weitere Impulse kommen aus den Branchen Recycling, Möbel, Musikinstrumente, Sportgeräteproduktion sowie Elektrotechnik / Elektronik. Positiver waren auch die unternehmensnahen Dienstleistungen, der Anteil „guter“ Firmen beträgt 31 Prozent und „schlechter“ 18 Prozent. In allen anderen Bereichen überwiegen weiterhin die negativen Urteile, wenn auch etwas geringer als bei der letzten

Umfrage. Schlusslicht ist das Gastgewerbe mit einem Minussaldo von 24 vor Einzelhandel mit minus 15 Prozent. Der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe sank um 20 Prozent! Die Geschäftserwartungen bis Ende des Jahres 2006 haben wiederum nur bei der Industrie und bei den Dienstleistungen einen positiven Saldo. Besonders pessimistisch urteilten das Baugewerbe mit minus 24 und das Verkehrsgewerbe mit minus 27 Punkten.

Lage und Erwartungen leicht verbessert

Aus dieser widersprüchlichen Situation und den Erwartungen ergeben sich für die Beschäftigung entsprechend unterschiedliche Perspektiven. Insgesamt wird und kann es zu keiner Entspannung am Arbeitsmarkt kommen. Zur Verwirklichung der beliebtesten Parole der DDR Opposition „Westniveau ist Weltniveau“ wird es noch ein sehr, sehr weiter Weg ... Präsident Topf forderte namens der Wirtschaft eine höhere Ko-

operationsbereitschaft der Regierung und endlich bessere Rahmenbedingungen bei Arbeitsmarkt, Finanzen, Steuern, Investitionen, Förderung und im Sozialbereich. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro wird als unbezahlbar abgelehnt, statt dessen ein staatlich mitfinanziertes Kombilohnmodell begrüßt. Was nichts anderes bedeutet, als dass der Weg zu einer wenigstens sozialen Marktwirtschaft erst recht noch viel weiter ist.

• JOACHIM SPITZNER



Ohne Rückgrat

MdL Dr. Michael Friedrich (Linke) zu Berichten, wonach die CDU-Landtagsfraktion den Zeitplan für die geplante Funktionalreform gestoppt hat:

Dieser Provinzialismus der CDU ist der Sargnagel für die notwendige Funktional- und Kreisgebietsreform in Sachsen. Innenminister Albrecht Buttolo wird von seiner eigenen mutlosen Fraktion ausgebremst. Aus Angst, durch die notwendigen Reformschritte die eigene Klientel vor den anstehenden Landrätewahlen im Jahr 2008 und im darauf folgenden Superwahljahr zu vergrätzen, duckt sich die CDU feige hinweg. Allein auf ein finanzielles Anreizsystem für „freiwillige“ Gebietszusammenschlüsse zu setzen, derweil die Mehrzahl der Landräte im Jahr 2008 für weitere sieben lange Jahre ihre Besitzstände verteidigen werden, ist eine Politik ohne Rückgrat. Die Parallelen zu den Vorgängen im Jahr 2000, als der damalige Innenminister Klaus Hardraht auch schon einmal einen forschenden Reformplan vorgelegt hatte und dann von der eigenen Fraktion, der Ministerialbürokratie und den mächtigen Provinzfürsten gestoppt wurde, sind frappierend. Die Linksfraktion.PDS fordert die Koalitionsfraktionen auf, die Funktionalreform gemeinsam mit der notwendig werdenden Kreisgebietsreform unbedingt noch vor den Landrätewahlen im Jahr 2008 abzuschließen.

„Kurze Wege für kurze Beine“

LN. Die Linksfraktion.PDS des Landtags hat den Volksantrag „Kurze Wege für kurze Beine“ des Vereins „Zukunft braucht Schule“ als Offensive zur überfälligen Reform des sächsischen Schulwesens begrüßt. Der Herabsetzung der Mindestschülerzahlen an Grundschulen auf 10 bzw. an Mittelschulen und Gymnasien auf 12 je Klasse sowie der Einführung der Klassenobergrenze 24 soll die Lernbedingungen verbessern. Die Zulassung von einzügigen Grund- und Mittelschulen sowie zwei-

zügigen Gymnasien soll ein wohnortnahes Schulnetz sichern. Ein Unterschreiten dieser Mindestanforderungen soll möglich sein, wenn der Schulweg zu einer Grundschule länger als 45 und der Weg zu weiterführenden Schulen länger als 60 Minuten dauern würde.

Damit trägt der Volksantrag der Rechtsprechung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts Rechnung, die bislang vom Kultusministerium ignoriert wird. Die Schülerbeförderung soll für die Eltern künftig kostenfrei sein.

Entsprechend dem Volksantrag soll den Schulträgern der Zusammenschluss von Mittelschule und Gymnasium zu einer sogenannten kooperativen Schule und ein schulartunabhängiger Unterricht über die gemeinsame Orientierungsstufe hinaus ermöglicht werden. Dies wäre ein wichtiger Schritt zum gemeinsamen Lernen bis zur 8. Klasse. Der Antrag war auch Gegenstand des 18. Treffens der Schulinitiativen Sachsens, zu der Linke, Grüne und FDP eingeladen hatten.

Sachsen muss Hartz-Gesetzesnovelle stoppen

LN. Mit einer Gesetzesänderung will die Bundesregierung entsprechend einer Forderung von Bundesarbeitsminister Muntefering jugendlichen ALG-II-Empfängern bis zum Alter von 25 Jahren nur mit Genehmigung der Arbeitsagentur bzw. der Gemeinde, sofern diese die Betreuung der Langzeitarbeitslosen übernommen hat, eine eigene Wohnung zugestehen und damit ihre Abhängigkeit von ihren Eltern erhärten. In Verbindung

damit soll ihre finanzielle Selbstständigkeit eingeschränkt werden, indem der Bedarfssatz für das Arbeitslosengeld II für Jugendliche auf 80 Prozent gesenkt wird, womit der Bund 500 Millionen Euro auf Kosten der jungen Menschen einsparen will. Die Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag forderte die Landesregierung daraufhin auf, im Bundesrat gegen die Gesetzesnovelle zu stimmen. Die jugendpolitische Sprecherin

der Fraktion, Freya-Maria Klinger, erklärte dazu, die Bundesregierung dürfe die soziale Absicherung junger Erwachsener nicht den Eltern aufbürden. Wenn diese Gesetzesnovelle beschlossen wird, würden alle familienpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung ad absurdum geführt. „Die sogenannten Reformen“, stellte die Abgeordnete fest, „gehen somit wieder eindeutig zu Lasten der sozial Schwächeren.“

LVA-Affäre

LN. Die Linksfraktion.PDS hat im Landtag einen Bericht zum Versagen der Kontrolle bei der Zuweisung von Reha-Patienten an Kliniken durch die LVA Sachsen verlangt. Das Sozialministerium als Rechtsaufsicht der LVA soll Auskunft geben, wann der Regierung welche Missstände bekannt wurden und welche Überprüfungen es selbst vorgenommen hat, um die ordnungsgemäße Arbeitsweise der LVA sicherzustellen. Die Fraktion will auch wissen, wo es bei der Planung von Reha- und Kureinrichtungen in Sachsen unzulässige Absprachen mit potenziellen Bewerbern gab.

Sorbische Schulen

LN. Die EU-Kommission stellt in einer Antwort auf eine Anfrage zur Schließung sorbischer Schulen in Sachsen fest, dass das europäische Recht die Schulen nationaler Minderheiten besonders schützt und die EU-Mitgliedsstaaten zur Umsetzung des Schutzauftrages verpflichtet sind. Zu den sorbischen Schulen heißt es, dass es den deutschen Organen obliege, auf ihrem Territorium für die Einhaltung der Rechte von Minderheiten zu sorgen. MdL Heiko Kosel verlangte daraufhin, die festgelegte Schließung der Sorbischen Mittelschule in Panschwitz-Kuckau rückgängig zu machen.

Polizeistellen

LN. Angesichts von Aktivitäten und Dokumenten, die auf einen geplanten Personalabbau bei der sächsischen Polizei hindeuten, der weit über die von Innenminister Buttolo ursprünglich verkündete Größenordnung hinausgeht, hat die Abgeordnete Cornelia Ernst gefordert, die Karten auf den Tisch zu legen. Sie weist darauf, dass der Landtag erst im Januar beschlossen hat, eine Aufgaben- und Leistungskritik der polizeilichen Arbeit vorzunehmen, auf deren Basis die künftige Personalentwicklung erfolgen soll. Buttolo hatte von 1144 Stellen gesprochen, jetzt ist von 3000 die Rede.

Verlogene „Familien-Offensive“ der CDU

LN. „Sachsen könnte bereits den Rechtsanspruch auf ganztägige Kita-Betreuung für jedes Kind und einen Stufenplan zur Einführung der gebührenfreien Kindertagesstätte haben – beides hat die Linksfraktion rechtzeitig im Landtag beantragt, und beides hat die CDU-Fraktion abgelehnt.“ So kommentiert der familienpolitische Sprecher der Linksfraktion.PDS, Falk Neubert die vom CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Milbradt ausgerufene „Familien-Offensive“. Sie könne daher nur als verlogene bezeichnet werden.

„Politiker werden nicht für Predigten, sondern für Taten gewählt – doch gerade an familienpolitischen Taten gebricht es der seit über 15 Jahren im Freistaat regierenden Christdemokratie“ stellt der Landtagsabgeordnete fest.

Statt abstrusen Ideen wie dem Familienwahlrecht anzuhängen, den Familien mit Studiengebühren neue Kosten aufhalsen zu wollen und die familienpolitische Verantwortung auf die Bundespolitik abzuschieben, sollten die CDU-Fraktion und die von ihr mitgetragene Staatsregierung endlich für familienfreundliche Haushaltspläne des Landes sorgen. Die Alternativ-Etatentwürfe der Linksfraktion mit der Schwerpunktsetzung „Bildung statt Beton“ haben dazu die Richtung aufgezeigt. Sachsen brauche keine Erbauungsreden über Familien, sondern einen familienpolitischen Kurswechsel. Dann, so Falk Neubert, könne man auch glaubwürdig die Bundespolitik mit in die Pflicht nehmen.

7. Februar

Leipzig. Mit einem einstündigen Streik machen etwa 300 Beschäftigte der Uniklinik Druck zur Wiederaufnahme von Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Ihre Löhne und Gehälter wurden seit drei Jahren nicht erhöht; neue Mitarbeiter werden weit unter Tarif bezahlt.

Dresden. Die Linksfraktion des Landtags unterstützt den erneuten Volksantrag des Vereins „Zukunft braucht Schule“. Er fordert kleinere Klassen, kürzere Schulwege und unentgeltliches Befördern von Schülern sowie längeres gemeinsames Lernen.

Bad Brambach / Dresden. Die LVA Sachsen hat der Klinik Brambach die Rheuma-Patienten entzogen und sie nach Österreich vermittelt, stellt ein jetzt bekannt gewordener Untersuchungsbericht des Bundesrechnungshofs fest. Die LVA-Spitze steht in Verdacht, Patientenströme in ihr genehme Kliniken gelenkt zu haben. In den Blick gerät auch das aufsichtsführende frühere CDU-Sozialministerium.

9. Februar

Kamenz. Eisschollen lassen schlagartig

SACHSEN-CHRONIK

7. bis 20. Februar

Mulde, Schwarze Elster und Spree anschwellen. Ortsteile von Elstersheide sind überflutet. Das Landratsamt Kamenz ruft Katastrophen-Vorwarnung aus.

10. Februar

Dresden. Die Staatsanwaltschaft bestätigt, dass sie die Bewährung für den Leiter des Kreisverbands Sächsische Schweiz der „Jungen Nationaldemokraten“ widerrufen lassen will. Der als Rädelführer Verurteilte arbeitet als persönlicher Referent des Sebnitzer NPD-Abgeordneten Johannes Müller im Landtag.

11. Februar

Dresden. Mehr als tausend linke Gegen-demonstranten verhindern mit einer Blockade der Augustusbrücke einen Zug von 4200 Rechtsextremen durch die Innenstadt. Zum „Trauermarsch“ aufgerufen hatten die „Junge Landsmannschaft Ost-

preußens“ und die NPD.

13. Februar

Leipzig. Die Tarifverhandlungen zwischen IG Metall und Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie werden nach gut zwei Stunden ergebnislos vertagt.

Zwickau. Die Landesbediensteten des Straßenbauamtes Zwickau treten in den Streik. Sie fordern, den 2005 zwischen Bund, Kommunen und Ver.di geschlossenen Tarifvertrag für die rund 90 000 Landesbediensteten zu übernehmen.

14. Februar

Dresden. Neben der „Hinrichtung“ eines Häftlings durch Mithäftlinge in Leipzig habe es 2005 sieben Anzeigen wegen Tötlichkeiten in sächsischen Gefängnissen gegeben, teilt Justizminister Mackenrodt mit. Nachdenken müsse man über Senioren-Haftanstalten, da die Tendenz zu lan-

gen Haftstrafen zunehme.

15. Februar

Kamenz. Sachsen hatte Ende 2005 etwa 4 275 600 Einwohner, teilt das Statistische Landesamt mit. Damit lebten 20 700 Personen (0,5 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor im Freistaat. Dieser niedrigste Rückgang seit acht Jahren geht zu drei Vierteln auf Geburtendefizit zurück, zu einem Viertel auf Wanderungsverlust. Dresden (495 300) und Leipzig (502 300) verbuchten einen Zuwachs.

Dresden. Im Fall der entführten und sexuell missbrauchten und nur durch Zufall entdeckten 13-jährigen Stephanie kann die Polizei nicht erklären, warum der einschlägig vorbestrafte Täter nicht ausfindig gemacht werden konnte und überprüft wurde.

16. Februar

Dresden. Ein Vorschlag von Wirtschaftsstaatssekretär Habermann, wonach in den nächsten fünf Jahren in Sachsen 3000 Polizeistellen abgebaut werden sollten, stößt auf heftige Kritik bei der Gewerkschaft der Polizei, der Linkspartei und der FDP-Fraktion.

Von **HORST SCHNEIDER**

Napoleon Bonaparte wird der Satz zugeschrieben: „Das objektive Bild der Geschichte ist immer die Summe der Lügen, auf die man sich nach dreißig Jahren geeinigt hat.“ Der kritische Leser wird fragen: Wer ist „man“? Wie erfolgt die Einigung? Ergibt die Summe der Lügen am Ende tatsächlich ein objektives Geschichtsbild? Winston Churchill ging weiter: Wer ein Geschichtsbild wünscht, das ihm sympathisch ist, muss es selbst schreiben. Und er tat es. Vier Bände schrieb er über *Die Weltkrise 1918/19*, sechs Bände umfasst *Der zweite Weltkrieg*, für den er **Präsident der Literatur-Nobelpreis erhielt. So weit sind Epigonen wie die **Eppelmänner (noch?) nicht, die sich abmühen, ein Geschichtsbild über die DDR zu verordnen, das nun von willigen Publizisten und gehorsamen Lehrern verbreitet wird.****

Wozu diese Vorbemerkungen? An Churchill, Napoleon, Eppelmann und andere wird erinnert, wer sich mit einem spektakulären Ereignis beschäftigt, das sich am 25. Januar 2006 im Europa-Parlament ereignet hat. An jenem Tage traf sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats, um eine Erklärung anzunehmen, die Grundzüge des Geschichtsbildes über das 20. Jahrhundert festlegt: **„Die Notwendigkeit einer internationalen Ver-**

urteilung totalitärer kommunistischer Regime“.

Dem Wesen nach handelt es sich bei diesem Dokument um eine Anklage und ein Urteil darüber, wie Regierungen (die handeln sollen), Parteien und Europäer den Ablauf der Geschichte des 20. Jahrhunderts, genauer, die Geschichte des Sozialismus/Kommunismus werten sollen. Ein

Antikommunismus im Strasbourger Parlament

ergänzender Antrag, der die Bestrafung damals handelnder kommunistischer Politiker forderte, fand allerdings nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Das deutsche Beispiel fand also keine Zustimmung.

Zunächst: Angeklagt und verurteilt werden ausschließlich „Verbrechen der totalitären kommunistischen Regimes“, Imperialismus, Faschismus und ihre Kriege kommen also nicht vor. Das bedeutet z. B., dass sich die Sowjetarmee nach 1945 in den von ihr besetzten Gebieten nicht so benahm, wie heutige Geschichtsbewältiger es wünschen, aber dass die Sowjetunion vorher von den Faschisten besetzt und gebrandschatzt wurde, ist ihnen völlig entgangen. Kurz: Geschichte wird nicht in ihren kausalen Zusammenhängen und ihrer Dialektik, sondern als Addition von – selektiv ausgewählten – Ereignissen dargestellt.

Der Text der jetzt angenommenen Er-

klärung ist von „Experten“ Mitte Dezember 2004 in Paris, Mitte Mai 2005 in Sofia, am 3. Juni in Lettland und vom 15. bis 17. Juni in Moskau vorbereitet worden. Die zentrale Figur bei der Vorbereitung dieser Treffen war der Schwede Göran Lindblad, der am 25. Januar 2006 in Strasbourg im Namen einer Gruppe Abgeordneter europäischer Volksparteien

in die Rolle des Rapporteurs schlüpfte. Auffällig ist, dass sich bei der Vorbereitung der Strasbourger Aktion kein namhafter deutscher Historiker beteiligt zu haben scheint.

Die beteiligten Parlamentarier setzen jene heilige Hetzjagd fort, die Marx und Engels schon in den ersten Sätzen des *Manifests der Kommunistischen Partei* beschrieben hatten. Sie strafen diejenigen Lügen, die in den letzten Jahren landauf, landab verkündet hatten, Marx sei tot. Wäre das so, müssten Politiker nicht ein solches Pamphlet für nötig halten. Die Grundaussagen unterscheiden sich kaum von den antibolschewistischen Tiraden der Hitler und Goebbels. Würden sie akzeptiert, wären sie eine nachträgliche Begründung für die faschistische Aggression gegen die Sowjetunion und die Okkupation, um den Kommunismus auszurotten, nun im Namen der Menschenrechte. Die Erklärung lässt nicht nur die

zwei Weltkriege, die Folgen imperialistischer Herrschaft weltweit weg, sie bietet auch keinen Raum, um die Opfer und Leistungen der Völker der Sowjetunion und der Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus und die Rolle der Antihitlerkoalition zu würdigen. Die Erklärung befasst sich zwar verfälschend mit einigen Seiten der Vergangenheit, zielt aber auf die Zukunft: *„Es ist an der Zeit, eine Bestandsaufnahme der zahlreichen Verbrechen des totalitären Kommunismus in der Vergangenheit vorzunehmen und diese formell zu verurteilen. Wenn wir dies unterlassen, könnte eine illusorische Nostalgie im Bewusstsein junger Generationen entstehen, die in diesem Regime einen möglichen Ersatz für die liberale Demokratie sehen könnten.“* Wenn wir „liberale Demokratie“ mit Imperialismus übersetzen, bedeutet das, junge Generationen könnten erneut einen Ausweg aus dem imperialistischen Kreislauf Krise-Krieg suchen. Es spricht nicht für das Selbstbewusstsein und die moralische Stärke, wenn Parlamentarier durch antikommunistische Propaganda, die Goebbels noch übertrifft, den tatsächlichen Geschichtsverlauf vernebeln wollen. Bomben auf Belgrad und Bagdad, Folter in Guantanamo und Abu Ghraib, imperialistische Ausplünderung der Völker weltweit könnten Anlass genug sein, um in Strasbourg die Verletzung von Menschenrechten auf die Tagesordnung zu setzen. Im übrigen gilt nach wie vor, was Abraham Lincoln erkannte: *„Man kann alle Leute einige Zeit zum Narren halten und einige Leute allezeit; aber alle Leute allezeit zum Narren halten kann man nicht.“*

Europas gefährliche Politik

Zwei Fragen von LEIPZIGS NEUE an die Europaabgeordnete der Linkspartei und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann**

• **Der Europarat, der zwar nicht die EU ist, aber doch ihre Politik bestimmt, hat eine Resolution gebilligt, die Faschismus und Kommunismus gleichsetzt. Ist Antikommunismus solcher Art jetzt europäische Politik? Mit welchen Gefahren?**

S.-Y. Kaufmann: Ich werte die der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vorgelegte Resolution über die „Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime“ als Versuch, durch die Gleichsetzung von Kommunismus und Nazismus so etwas wie eine europäische Neuaufgabe des McCarthyismus der 50er Jahre zu schaffen. Damit soll u. a. der Boden für das Verbot linker Organisationen bereitet werden.

Die größte Gefahr, die ich sehe, besteht in einer Banalisierung der Verbrechen des Faschismus. Das Ansehen der kommunistischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus wird verhöhnt. Meine Fraktion hat, genau wie der Vorstand der Europäischen Linkspartei und der Vorstand unserer Linkspartei darauf hingewiesen, dass es eine Sache ist, die Verbrechen des Stalinismus zu verurteilen und eine andere, sich zu einer gefährlichen und unwürdigen Umschreibung der Geschichte verleiten zu lassen.



Sylvia-Yvonne Kaufmann

• **Ein anderes, aber doch nicht ganz anderes Thema: Kritik unter Freunden ist ein Freundesdienst. Ist davon aber noch zu sprechen, wenn linke EU-Parlamentarier einer extrem Kuba-feindlichen Resolution zustimmen?**

Wenn wir über die im Europäischen Parlament angenommene Resolution sprechen, sollten wir nicht übersehen, dass es ursprünglich einen Entwurf gegeben hat, in dem neue Sanktionen gegen Kuba gefordert worden waren. Diese wurden gestrichen. Anlass für die Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Kuba war die Tatsache, dass in Kuba Menschen wegen ihrer Kritik an der Regierung inhaftiert worden sind und dass Angehörigen politischer Gefangener die Ausreise

aus Kuba zur Entgegennahme des Sacharow-Preises nicht gestattet wurde.

Wir haben uns in unserer Partei von Anfang an auf einen Grundkonsens verständigt, zu dem die Universalität der Menschenrechte gehört. Das bedeutet, dass soziale und politische genauso eine Einheit bilden müssen wie kollektive und individuelle Menschenrechte auch. Dieser Grundsatz muss in Bezug auf alle Menschenrechte gelten, ob in den USA, in der Türkei,

in Tibet oder eben in Kuba. Wenn wir nun glauben, ihn hinsichtlich der o.g. Verletzungen von Menschenrechten in Kuba – die im übrigen von niemandem bestritten werden – außer Acht lassen zu können, sehe ich unsere Glaubwürdigkeit in Gefahr.

Ich möchte an dieser Stelle keinen Zweifel an meiner Solidarität zu Kuba aufkommen lassen. Für mich beschränkt sich das aber nicht auf die Forderung nach der Auflösung des US-Lagers in Guantanamo oder die Freilassung der Miami five aus US-Haft. Eben weil ich weiß, wie wichtig die Achtung von Menschenrechten für die Existenz des Sozialismus ist, ist die Kritik an deren Verletzung für mich ein Bestandteil von Solidarität.

Solidarisch mit Kuba

oder Komplize des Imperialismus?

LN erreichten zahlreiche Standpunkte und Leserbriefe zur Kuba-Resolution des EU-Parlaments, in denen ausnahmslos das Stimmverhalten einiger Linkspartei-Abgeordneter kritisiert wurde. Hier eine ausführliche Stellungnahme, die die bei uns eingegangenen Argumente bündelt:

Seit 45 Jahren versuchen aggressive imperialistische Kreise, zuerst natürlich die USA, die kubanische Revolution zu erwürgen. Aggression und Intervention, Wirtschaftsembargo und Sabotage, Mordanschläge auf Fidel Castro und terroristische Aktionen gehörten und gehören zum Waffenarsenal der „Menschenfreunde“ im Weißen Haus und anderer Regierungszentren. Die psychologische Kriegführung mittels Medien gehört dazu. Der Krieg gegen Jugoslawien war eine „humanitäre Intervention“ zur Verhütung eines „neuen Auschwitz“, versicherte Joseph Fischer. Die Bomben auf Belgrad und Bagdad galten neuen „Hitler“, versicherten Journalisten. Alles vergessen?

Am 2. Februar 2006 bezichtigten Europa-Abgeordnete Kuba der Verletzung von Menschenrechten. Kuba hatte „Damen in Weiß“, die den Sacharow-Preis verliehen bekommen hatten, die Ausreise verweigert. Weiß jemand, was Sacharow für die Kubaner getan hat? Und wer die „Oppositionellen“ sind und sie führt?

Wie dem auch sei: Michael Brie, Gabriele Zimmer, Helmuth Markov stimmten der Resolution zu, Feleknas Uca und Sylvia-Yvonne Kaufmann enthielten sich der Stimme. Das Abstimmungsverhalten hat bei PDS-Mitgliedern und -Wählern Empörung ausgelöst. Brie und Co beschören die „Universalität der Menschenrechte“ und der „Unteilbarkeit aller Menschenrechte“. Im Mai 1987 schrieb bereits Willy Brandt seinem Essay *Menschenrechte misshandelt und missbraucht*: „Leute, die ihre Absichten verschleiern möchten, indem sie Menschenrechte vorschoben, wo Besitz- und Machtinteressen gemeint sind, handeln nicht nur zynisch und heuchlerisch, sie gefährden auch die politische Lösung großer sozialer Probleme.“

Könnte das auch für die Beziehungen USA-Kuba gelten? Dürfen sich Linke ungestraft an der „Heuchelei“ beteiligen?

Wolfgang Gehrcke ist „beruhigt“, dass Bries und Zimmers Haltung nicht die der PDS sei. So beruhigt ist nicht jedes Mitglied und Sympathisant der PDS. Mancher erinnert sich auch, dass der PDS-Vorstand bei der Europawahl Brie und Zimmer favorisierte, Wagenknecht und Pflüger kamen erst und nur auf die Liste, um den Sprung der PDS in das Europa-Parlament nicht zu gefährden. Oder stimmt das nicht?

• **H. SCHNEIDER**

Als der Herausgeber der dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* Karikaturen über den Propheten Mohammed veröffentlichte – auch als Terroristen mit einer Bombe – hat er wissen müssen, dass das von Millionen von Muslimen als schändliche Blasphemie empfunden würde. Angesichts des seit dem Irak-Krieg angestauten antiwestlichen Zorns hätte ihn auch der Proteststurm, der sich von Afghanistan bis Marokko in der ganzen islamischen Welt erhob, nicht überraschen dürfen. Wenn nun doch solche Karikaturen in der Zeitung erschienen, so muss man sich wie der türkische Ministerpräsident Erdogan wohl fragen, ob es sich um eine „offene Provokation“ handelt, die dazu dienen soll, „der Welt Bilder der Gewalt aus der muslimischen Welt vorzuführen“.

Die amerikanische Außenministerin Con-

Von **HEINZ-DIETER WINTER**

doleeza Rice machte Iran und Syrien als „Einpeitscherin“ gewaltsamer Proteste aus. Und schon erklärten syrische Oppositionelle im Exil, dass diese amerikanische Haltung der erste Schritt zum „regime change“ in Damaskus sei. Gleichzeitig wird der Iran mit Militärschlägen wegen seiner Urananreicherungspläne bedroht. Gerade solche Reaktionen werden von vielen Muslimen als einen durch den Westen auferlegten Belagerungszustand empfunden und nähren Befürchtungen, dass der Westen im Hinblick auf seine strategischen und Rohstoffinteressen künftig weitere militärische Interventionen im Nahen und Mittleren Osten beabsichtigt, um dort eine ihm genehme „Ordnung“ zu schaffen.

Die gegenwärtige Situation führt zu einem weiteren Anwachsen antiwestlicher Stimmungen in der islamischen Welt. Im Protest gegen diese Mohammed-Karikaturen entluden sich angestauter Frust, Demütigung, tiefste Unzufriedenheit und Ohnmacht angesichts der von vielen, vor allem jungen Menschen, in großen Teilen der islamischen Welt als hoffnungslos empfundenen politischen und sozialen Lage. Hinzu kommt eine Politik des Westens, die wegen des „Krieges gegen den Terrorismus“, der Aggression gegen den Irak und der nachfolgenden Entwicklung als Fortsetzung kolonialen Vorherrschaftsstrebens und gegen den Islam gerichtet empfunden wird.

Bei den gegenwärtigen Ereignissen haben wir es nicht nur mit dem spontanen Protest von Muslimen, sondern auch mit dem Agieren von Kräften zu tun, die diesen Protest für ihre politischen Ziele instrumentalisieren wollen. Radikale Islamisten nutzen sie, um ihren antiwestlichen Jihad („Heiliger Krieg“) gegen den Westen zu propagieren, arabische Regimes dulden oder fördern sie sogar, um von den eigenen Defiziten, fehlender Demokratie, sozialen Missständen und Menschenrechtsverletzungen abzulenken.

Aber es gibt auch verantwortungsvolle Stimmen in der islamischen Welt und in islamischen Gemeinschaften Europas, so die Islamische Konferenzorganisation, die die Karikaturen verurteilen, aber gleichzeitig zur Besonnenheit und Mäßigung aufrufen. Auch der Hamas-Führer Khaled Mechaal erklärte, dass Hamas dafür eintritt, die Situation zwischen der islamischen Welt und den westlichen Ländern zu entspannen.

Droht der „Kampf der Kulturen“ von dem der Harvard-Professor Samuel Huntington vor mehr als zehn Jahren schrieb?

Wie die anwachsenden islamistischen Bestrebungen in der islamischen Welt, aber auch fundamentalistische Tendenzen in Israel und den USA zeigen, wird Religion im wachsenden Maße für politische Zwecke instrumentalisiert. Aber im Grunde handelt es sich um politische, wirtschaftliche und soziale Gründe, die einem möglichen Konfliktszenarium Westen versus islamische Welt zugrunde liegen. Wie sich die Lage in der Europa benachbarten Region des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt und wie die Politik Europas, des Westens insgesamt, sich gegenüber dieser Region verhält, wie Europa zur

lionen Analphabeten, besonders hoch ist der Anteil bei den Frauen. Das sind natürlich Durchschnittswerte, von Land zu Land sind die Zahlen extrem unterschiedlich. Arbeitslosigkeit und soziales Elend nehmen zu. Zwei Drittel der Menschen sind unter dreißig Jahre alt. Es besteht angesichts der heutigen Situation kaum Aussicht, in den nächsten fünfzehn Jahren etwa 100 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, um dem größten Teil der Jugendlichen eine berufliche Perspektive und einen gesicherten Lebensunterhalt zu gewährleisten. Die Folgen sind Radikalisierung, vor allem auf isla-

der islamischen Welt eine Politik des gleichberechtigten Dialoges, friedlicher Koexistenz und gemeinsamer Sicherheit verfolgen.

Drittens, das Nahostproblem muss friedlich auf der Grundlage der UNO-Resolutionen, vor allem durch die Bildung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates gelöst werden.

Letzteres allein würde sicher nicht ausreichen, um Demokratie und wirtschaftlichen Aufschwung sowie ein besseres Verhältnis des Westens zur islamischen Welt zu fördern, würde aber eines der größten Hindernisse beseitigen.



Der Karikaturenprotest und die Zustände in der arabischen Welt

USA-Politik im Dilemma zwischen Demokratieexport und Islamismus

Über die Notwendigkeit von mehr Demokratie gibt es seit einigen Jahren eine rege Diskussion in der arabischen Gesellschaft. Die im vorigen Jahr stattgefundenen Kommunalwahlen in Saudi-Arabien, Wahlen in Ägypten, die Parlamentswahlen in Libanon und begrenzte Liberalisierungsmaßnahmen in einigen arabischen Ländern haben zu übertriebenen Erwartungen geführt. Ein Beobachter sprach in Anlehnung an den Titel des 1938 erschienen Buches des britischen Historikers George Antonius über den Unabhängigkeitskampf der Araber von einem neuen „Arabischen Erwachen“. Aber es hat sich im Wesen autoritärer Machtausübung nichts geändert. Allerdings ist das Bestreben der USA-Administration im Gefolge des Irak-Krieges mit der sogenannten Greater Middle East Strategie – die auch Grundlage für den G8-Gipfel im Juni 2004 – Demokratie in der Region zu fördern, nicht ohne Auswirkungen geblieben.

Politische Kräfte, von Islamisten bis säkularen Nationalisten, die in Opposition zu dem Regime Demokratie durch Druck „von unten“ erreichen wollen, lehnen dieses Vorgehen als Fremdbestimmung

Stabilisierung der Lage, insbesondere zur Beilegung der Konflikte, beiträgt, ist von Belang für Frieden und Sicherheit beiderseits des Mittelmeeres.

Entwicklungsblockade und Möglichkeiten ihrer Überwindung

In den letzten Jahren haben arabische Wissenschaftler drei aufwühlende Berichte über den Zustand der arabischen Welt im Auftrag der UNO-Spezialorganisation UNDP (United Nations Development Programme) veröffentlicht: die Berichte über den Stand der menschlichen Entwicklung AHDR (Arab Human Development Report). Der letzte erschien im April vorigen Jahres mit einiger Verspätung, weil die USA die Veröffentlichung wegen der Kritik am Irak-Krieg und der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete zu verhindern suchten. Sie zeugen von einem deploralen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustand der arabischen Welt, der sich kurz mit Stagnation und Entwicklungsblockade bezeichnen lässt. Von allen Weltregionen steht nur Afrika südlich der Sahara schlechter da. 1999 betrug das Bruttoinlandsprodukt aller arabischen Staaten zusammen weniger als das Spaniens. Es gibt gravierende Defizite bei Ausbildung, Lehre und Forschung. Seit 1985 sinken die Zahlen der Studierenden. Von den fast 300 Millionen Menschen sind ca. 70 Mil-

lioniemischer Basis, und das Bestreben, dorthin zu emigrieren, wo mit Verbesserung der Lage zu rechnen ist. Hauptursachen sehen die Autoren in der Politik der herrschenden arabischen Regime, der fehlenden Demokratie, der Missachtung von politischen Freiheiten und Menschenrechten sowie der externen Gewalt, wie sie durch den Irak-Krieg auf die Region ausgeübt wird. Wenn dieser Status quo andauert, sei mittelfristig eine explosive Verschärfung sozialer Auseinandersetzungen mit unberechenbaren Folgen

Von allen Weltregionen steht nur Afrika südlich der Sahara schlechter da. 1999 betrug das Bruttoinlandsprodukt aller arabischen Staaten zusammen weniger als das Spaniens. Es gibt gravierende Defizite bei Ausbildung, Lehre und Forschung. ... Von den fast 300 Millionen Menschen sind ca. 70 Millionen Analphabeten ...

zu erwarten. Um Stagnation, wirtschaftliche Rückständigkeit und soziale Missstände in der arabischen Welt zu überwinden, sind aus den Berichten drei Schlussfolgerungen zu ziehen:

Erstens, die arabische Welt bedarf dringend der Demokratie, nicht vom Westen von außen aufgezwungen, wie es der amerikanische Präsident Bush betreibt, sondern als eigenständiger Entwicklungsprozess.

Zweitens, der Westen muss seine interventionistische Politik beenden und mit

und als Hegemoniebestreben über die Region ab. Auch die herrschenden Regime sind nicht sehr erfreut über äußeren Druck, der in deutlicher Weise von den USA, z. B. gegenüber Ägypten und Saudi-Arabien ausgeübt wurde. Aber im Interesse der Machterhaltung – die USA wollen schließlich Destabilisierung von Staaten, die eng mit ihnen verbunden sind, vermeiden – werden in Ägypten,

Fortsetzung auf Seite 9

Der 27. Januar dieses Jahres wurde in Deutschland wieder als „Tag der Opfer des Nationalsozialismus“ begangen. In Leipzig legten im Neuen Rathaus Abgeordnete aller Stadtratsfraktionen Blumen an der Gedenktafel für die während des Faschismus ermordeten Stadtverordneten nieder. Gleichzeitig wurde auf Initiative des „Bundes der Antifaschisten“ (BdA) in der Oberen Wandelhalle eine Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand über die „Rote Kapelle“ gezeigt, in der auf 51 Tafeln Fotografien, Selbstzeugnisse und andere Dokumente zu sehen sind.

„Wir wollen mit dieser Dokumentation

Von **MANFRED BOLS**

den Menschen ein Gesicht geben, die Menschen sein wollten, indem sie sich gegen den Faschismus erhoben“, erklärte bei der Eröffnung Dr. Hans Coppi, freier Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Sohn der von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfern Hilde und Hans Coppi.

Einige Tage später, am 1. Februar 2006, sprach Dr. Coppi in der Aula der Volkshochschule vor leider nur 25 Interessenten über „die ‚Rote Kapelle‘ im geteilten Nachkriegsdeutschland“.

Lose verbundene Widerstandskreise

Der Name „Rote Kapelle“ war anfangs ein Fahndungsbegriff der Gestapo und bezeichnete eigentlich ein nachrichtendienstliches Netz des sowjetischen militärischen Geheimdienstes in Westeuropa, zu dem von der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation (DDR-Bezeichnung) aber keine Verbindung bestand. Außerdem handelte es sich um keine Widerstandsorganisation im Sinne eines durchstrukturierten und straff geleiteten Apparates, sondern um sich über einzelne persönliche Verbindungen überlappende, intellektuell geprägte Freundeskreise, die man heute vielleicht als Netzwerk bezeichnen würde. Die Basis der Bindungen waren gemeinsame Freizeitinteressen und humanistisch-politische Auffassungen, aus denen sich, insbesondere seit Beginn des Krieges, der Wille zum antifaschistischen Widerstand entwickelte. Die Gesinnungsfreunde halfen Verfolgten, dokumentierten NS-Gewaltverbrechen, riefen in Flugblättern zu Widerstand auf und verbreiteten Klebezettel, so z. B. 1941 gegen die antisowjetische Ausstellung „Das Sowjetparadies“. Arvid Harnack, Harro Schulze-Boysen und Adam Kuckhoff hatten darüber hinaus Kontakt zum sowjetischen Nachrichtendienst und versuchten, kriegswichtige

Gretchenfrage „Rote Kapelle“

Eine gerechte historische Würdigung der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack ist noch nicht Normalität

Informationen zu übermitteln. Die dazu notwendige Funkverbindung konnte wegen defekter Geräte aber nie hergestellt werden. Es blieb lediglich bei einer Warnung der sowjetischen Botschaft in Berlin vor dem geplanten Überfall Hitlers auf die Sowjetunion.

1942 wurden die meisten der 120 Frauen und Männer verhaftet. Ausgangspunkt dafür war ein abgefangener und dechiffrierter Funkspruch des militärischen Geheimdienstes der SU an eine seiner Gruppen in Westeuropa (Brüssel). In diesem wurden die Namen und Adressen von Schulze-Boysen und Dr. Adam Kuckhoff mit der Aufforderung genannt, zu klären, warum der Funkkontakt von Berlin nicht funktionierte. Die Entschlüsselung des Funkspruches wurde möglich, da einem verhafteten und schwer gefolterten Funker der Code abgepresst worden war. So wurden über 90 Widerstandskämpfer angeklagt, 49 von ihnen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Vier wählten den Freitod, einen ermordete die Gestapo. Vor der Öffentlichkeit hielten die Nazis diese Verbrechen streng geheim und zwangen die Hinterbliebenen unter Todesandrohung zum Schweigen.

Gestapo-Konstrukt „sowjetisches Spionagenetz“

Die Konstruktion der Gestapo, auf deren Grundlage die Widerstandskämpfer verurteilt worden waren, beruhte auf der Legende von einer „großen sowjetischen Spionageorganisation“ und dem Vorwurf des „bezahlten Landesverrates“ für eine „feindliche Macht“. Sie wirkte weit in die Nachkriegszeit hinein und ist im gewissen Sinne noch heute lebendig, da es sich bei der „Macht“ um die Sowjetunion handelte. Unmittelbar nach dem Krieg begannen sich die westlichen Geheimdienste für die „Rote Kapelle“ zu interessieren, weil sie hofften, dadurch die Arbeitsmethoden des sowjetischen NKGB studieren zu können. Die verantwortlichen Gestapobeamten und Mitarbeiter des Reichskriegsgerichtes wurden befragt, zum Teil angeworben (Horst Kopkow – Gestapo, Manfred Roeder – Ankläger) und Dossiers und Akten angelegt. Den Amerikanern wurde die bereits in der Nazizeit konstruierte Legende von der größten sowjeti-

schen Spionageorganisation aufgetischt und es wurde behauptet, Teile davon wären noch intakt. Eine Bestrafung der dafür Verantwortlichen fand nicht statt. Im Gegenteil: 1951 wurde in Lüneburg ein Verfahren gegen Roeder mit der Begründung eingestellt, dass die Angeklagten der „Roten Kapelle“ mit Recht wegen Landesverrat verurteilt worden waren. Diese nochmalige, nunmehr moralische Verurteilung, bestimmte das Verhalten der bundesdeutschen Medien in den



Dr. Hans Coppi, Sohn der von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfer Hilde und Hans Coppi Foto: Märker

kommenden Jahren und führte zur Ausgrenzung der „Roten Kapelle“ aus dem antifaschistischen Widerstand. Hinterbliebene wurden überwacht, Opferrenten gestrichen. Selbst die 1986 erfolgte Aufnahme der Gruppe in die ständige Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand war noch begleitet von Protesten, ausgerechnet von den Nachkommen der Verschwörer des 20. Juli 1944. In den schulischen Lehrplänen, Fach Geschichte, Thema antifaschistischer Widerstand, spielt die Gruppe in der BRD keine Rolle. Während die Todesurteile gegen die „Weiße Rose“ und die „Männer des 20. Juli“ vom Bundestag aufgehoben wurden, erfolgte das bei der „Roten Kapelle“ nicht.

Würdigung, aber auch Glorifizierung in der DDR

In der DDR wurden Harro Schulze-Boysen, Dr. Arvid Harnack und viele andere durch die verschiedensten Maßnahmen als Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes geehrt, wobei die nachrichtendienstlichen Kontakte mit Rücksicht auf die Sowjetunion anfänglich verschwiegen bzw. nur angedeutet wurden. Mitte der sechziger Jahre intensivierte die Führung der SED die Beschäftigung mit dem Thema und die DDR-Geschichtsschreibung begann sich der historischen Vorgänge verstärkt anzunehmen. Eine Vielzahl von Publikationen erschien, u. a. auch der (künstlerisch wertvolle) Film *KTK an PTX – die Rote Kapelle*. Am 7. Oktober 1969 wurden auf Bitten der SED-Führung an viele Mitstreiter der „Roten Kapelle“ durch die Sowjetunion postum Orden des Großen Vaterländischen Krieges verliehen.

Insgesamt wurde der Mythos einer großen, auf der Grundlage von Direktiven der KPD geleiteten Widerstandsorganisation geschaffen, die europaweit agierte und in deren Reihen Kundschafter der Sowjetunion tätig waren, die einen bedeutsamen Beitrag zur Befreiung des deutschen Volkes geleistet hätten. Die wahren Geschehnisse um die Enttarnung der Gruppe und der Fehlschlag einer Zusammenarbeit mit der SU wurden tabuisiert. Mit einer glorifizierten Würdigung sollte auch die Arbeit der KPD in der Zeit des Faschismus aufgewertet werden.

Den Umgang mit der Roten Kapelle in der DDR als „Übernahme des Gestapo-Konstruktes mit umgekehrten politischen Vorzeichen“ zu bezeichnen, ist allerdings eine bedenkliche Einschätzung, da sie sich in gefährliche Nähe zu den nach der Wende üblich gewordenen „Vergleichen“ der DDR mit dem Nationalsozialismus begibt.

In neueren Veröffentlichungen, wie *Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – schwarze Kapellen* von Roth/Ebbinghaus (Hrsg.), dem umfangreichen Sammelband *Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945* (Hrsg. Steinbach/Tuchel) und dem Buch über Harro-Schulze-Boysen *Dieser Tod passt zu mir* von Hans Coppi (Hrsg.) wird ein mehr und mehr objektives und umfassendes Bild des antifaschistischen Kampfes gezeichnet und eine Unterscheidung in „ehrenhaften“ und „unehrenhaften“ Widerstand verurteilt.

Heute steht die „Rote Kapelle“ für Mut, Zivilcourage und energisches Eintreten für Menschenrechte in einer dunklen Zeit in Deutschland. Ihre Verdienste sollten endlich ohne wenn und aber von den politischen Institutionen der BRD gewürdigt werden.

Fortsetzung von Seite 8

Saudi-Arabien und anderswo Reformen von oben durchgeführt, die eine gewisse Liberalisierung bedeuten, aber an der Substanz der Machterhaltung nichts ändern. Der Kronprinz von Dubai und Verteidigungsminister der Vereinigten Arabischen Emirate Rashid al Maktoum hat sehr treffend erklärt: „Arabische Regierungen müssen sich ändern, oder sie werden verändert.“

So wirkt diese Politik der „Demokratisierung“ von außen eher kontraproduktiv. Und schließlich geraten die USA in die Rolle eines Zauberlehrlings der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird. Demokratische und unmanipulierte Wahlen,

so wie die USA sie fordern, bringen im Nahen und Mittleren Osten gerade jene Kräfte – Islamisten – an die Macht, die vor allem nach dem 11. September 2001 im Rahmen des Antiterrorkrieges der USA in ein Feindbildvisier genommen wurden, auch wenn nur einige äußerst radikale Gruppen dieser umfassenden und weit gefächerten Bewegung zum Terrorismus greifen.

In den palästinensischen Gebieten hat die Hamas, die auf der Terroristenliste der USA und der Europäischen Union steht, die Parlamentswahlen im Januar mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Irak mussten die USA, um der angestrebten Stabilisierung überhaupt eine Chance zu geben, mit den schiitischen Parteien und

Kräften kooperieren, die dann bei den Wahlen auch die Mehrheit erreichten. Ihr Ziel ist eine islamische Republik. In Ägypten haben bei Parlamentswahlen im November vorigen Jahres Vertreter der Moslembrüder trotz zahlreicher Behinderungen ihre Abgeordnetenzahl im Parlament verfünffacht. So macht man sich in der USA-Administration und den ihr zuarbeitenden „Denkfabriken“ jetzt durchaus Gedanken, wie man das Demokratiekonzept des Broader Middle East mit dem wachsenden politischen Gewicht von Islamisten in Einklang bringen kann. Doch nichts deutet darauf hin, dass die USA es riskieren wollen, dass in Ägypten, Saudi-Arabien, anderen Golf-Staaten oder Jordanien erklärte antiamerikani-

sche Kräfte an die Macht kommen. Also bleibt ihnen der Weg, mit gelindem Druck diesen Regimes sorgfältig kontrollierte Reformen „von oben“ anzuraten, damit sie nicht von unten verändert werden, wie der Kronprinz von Dubai befürchtet. Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lassen, wie das Deutsche Orient Institut Anfang dieses Jahres in einer umfangreichen Projektanalyse feststellte, demokratische Entwicklungen, die diesen Namen verdienen, im Nahen und Mittleren Osten in den nächsten fünf Jahren kaum zu.

Unser Autor, Dr. Heinz-Dieter Winter, ist Botschafter a.D. und Mitglied des Nahost-Forums e.V.

In seinem ersten Entdeckerkonzert ging Riccardo Chailly freundlich auf die Gewandhausbesucher zu. Er wählte die in ihrer originalen Fassung für Klavier 1909 vollendete, zehn Minuten dauernde Sonate op. 1 von Alban Berg und deren nur um zwei Minuten längere Bearbeitung für Orchester des Niederländers Theo Verbey aus – ein noch deutlich hörbar mit der Tradition verbundenes Werk. Im Zusammenwirken mit dem

Von **WERNER WOLF**

Pianisten Martin Stadtfeld stellte er die Themen und in Ausschnitten deren Entwicklung und Veränderungen vor, bevor das Werk als Ganzes erklang. Gleiches geschah dann auch mit der Orchesterfassung, deren Klangbild den nur um fünf Jahre jüngeren 3 Orchesterstücken op. 6 nahekommt. Die aber gilt es für Leipzig noch zu entdecken, denn sie waren bislang in Gewandhauskonzerten nur ein ein-

Vom Entdeckerkonzert bis zum Musical

ziges Mal zu hören, im Mai 1965 unter Václav Neumann. Lebhafter Beifall für beide Versionen der Sonate. Im darauf folgenden Gewandhauskonzert hatte die Orchesterfassung der Sonate zwischen dem ersten Klavierkonzert und der zweiten Sinfonie von Johannes Brahms durchaus einen beziehungsreichen Platz. Als Solist ließ der brasilianische Pianist Nelson Freire erleben, wieviel Zartheit Brahms' erregt und dem kraftgeballt beginnenden Konzert eigen ist – und zwar nicht nur im langsamen Satz. Riccardo Chailly ging mit dem Gewandhausorchester weitgehend auf diese feinsinnige Interpretation ein. Die Sinfonie gestaltete er mit viel Freude am Klang des großen Orchesters, aber auch Sinn für deren kammermusikalischen Abschnitte. Der stets ideenreiche Morten Schuldt-Jensen bot mit dem hervorragend singen-

den Gewandhauschor ein stark bewegendes Passionskonzert. Um die „Ode an das Licht“ von Leif Martinussen gruppierte er, mit „Es ist ein Ros entsprungen“ beginnend, Chöre verschiedenster Komponisten bis zu József Swiders strahlenden „Cantus gloriosus“. Dabei wurde wieder Ereignis, welch eindruckstarke Chormusik skandinavische Komponisten, aber auch Meister wie Francis Poulenc und Benjamin Britten geschaffen haben.

Eine konzertante Aufführung der Oper „Salome“ von Richard Strauss weckte im 5. Rundfunkkonzert viel Begeisterung, vor allem für Stephanie Friede in der Titelpartie. Sie hielt sich ganz an die Anweisungen der Partitur und sang in den ersten Szenen berückend zart, ließ Salome zunächst fast kindlich wirken. Nächste ihr beeindruckte Herwig Pecoraro als

Herodes. Dagegen donnerte Bernd Weigl als Jochanaan wenig überzeugend und zudem ungenau. Leider ließ sich auch Luisi öfters zu Übersteigerungen hinreißen und überdeckte dann mit dem MDR-Sinfonieorchester die Sänger. Im 4. Konzert „Zauber der Musik“ erhielt Antoine Tamestit als vorzüglicher Solist des empfindungsstarken Violakonzertes von William Walton verdienten Beifall. Vom energischen Dirigenten Friedemann Layer wäre eine differenziertere Gestaltung der durchaus packend gespielten zweiten Sinfonie Robert Schumanns zu wünschen gewesen.

Während im Januar Werke von Mozart die Programme bestimmten, bot die Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater außer solistischen Abenden zwei ganz anders geardete, zudem denkbar verschiede-

ne Veranstaltungen. Hochschulchor und –orchester führten unter Leitung Roland Börgers an zwei Abenden Antonín Dvoráks „Stabat mater“ auf. Das zeugte nicht nur von großer Einsatzfreude der Studenten, sondern auch von beachtlichen Qualitäten des Chorgesanges. Die Gestaltung litt jedoch an Gleichförmigkeit und öfter an zu vordergründigem Orchesterklang.

Ganz anders ging es im Musical „Akte Romeo“ zu. Studenten der Populärmusik agieren, tanzen, steppen und singen mit Begeisterung. Die Mikrophone werden stärker als dienlich aufgedreht. Die musikalischen Höhepunkte sind Popgrößen wie Lindenberg und Westernhagen und deren Interpreten zu danken. Für die Handlung der vor und nach dem Mauerfall spielenden Ost-West-Geschichte bedienen sich Edda Lesch und Frank Schröder der simpelsten Klischees zu beiden Seiten. Doch wenn alles so temperamentvoll und witzig geboten wird, gibt es manchen Spaß dabei.



Die Familie bleibt wildfremd (Heidi Ecks, Anja Schneider).
Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Skurrile Familiengeschichten

Mit „Wildfremde“ präsentiert das Leipziger Schauspielhaus eine deutschsprachige Erstaufführung des spanischen Gegenwartsdramatikers Sergi Belbel. Eine Familiengeschichte über drei Generationen, mit Einheimischen und Emigranten um Alltag, Krankheit, Morbidität. Der Zuschauer schaut zuweilen in die pastellene Sterilität der 1960er Jahre, dann wieder in die Laptopwelt von heute. Schneller Szenen- und Rollenwechsel. Aus Vielschichtigkeit wird Ratlosigkeit, aus Komplexität Durcheinander. Sergi Belbel bezieht keine Position, verliert sich mit seinem Text im Vagen.

Dennoch gibt es poetische, stille, nachdenkenswertes Momente: Regisseur Markus Dietz zeigt eine zuweilen makabere, bis ins Grotteske gesteigerte Welt der Gestrandeten. Den Abend rettet das exzellente Ensemble, allen voran eine entzückende, rebellische Anja Schneider und ein stoisch-cholerischer Friedhelm Eberle.

Der Kauf eines Programmheftes, in dem Schauspieler und ihren Rollennamen kleinen Porträtfotos zugeordnet sind, ist aufgrund der zahlreichen Doppelrollen dringend angeraten.

Eine andere Familiengeschichte in der Neuen Szene: Zwei Astrophysiker, zwei Ehefrauen, ein Abendessen, Karriereprobleme, Kindererziehung, Wissenschaftlerereitelkeiten – dies sind die Zutaten für „Drei Mal Leben“ von Yasmina Reza, die mit dem nichts über die Qualität aussagenden Etikett „weltweit meistgespielte Gegenwartsautorin“ versehen ist. Gastgeber Henri erhofft sich von seinem Kollegen Hubert ein wohlwollendes Gutachten für seine, über längere Zeit ausgesetzte, wissenschaftliche Forschungsarbeit. Wie weit er und seine attraktive Frau Sonja bereit sind, dafür ihre Ehre, Selbstachtung und Treue aufs Spiel zu setzen, wird von Yasmina Reza in drei Varianten durchgespielt. Dabei weist jede Variante moralische Verwerfungen auf. Regisseur Matthias Gehrt gibt sich alle Mühe, einen unterhaltsamen Theaterabend anzubieten. Leider sind ihm jedoch durch den schwachen Text Grenzen gesetzt. Die Idee eines Variantenspiels dient weniger der Modellierung und Heraushebung der sozialen Determinanten als vielmehr eines schwankartigen Sezieren zweier Ehen. Der gesellschaftliche Hintergrund erscheint beliebig austauschbar. Den Abend beherrschend: Liv-Juliane Barine, mal als eiskalte Anwältin und Mutter, mal als sinnlich stilles Wasser im Nachtkleid. Jana Bauke, diesmal schwankend zwischen Frauchen und Philosophin. Andreas Keller und Christoph Hohmann: zwei Wissenschaftler, zwei Seiten einer Medaille.

• D. M.

Es gab in den letzten Tagen wieder einmal Fernsehen der besonderen Art zu beobachten. Man musste sich aber schon etwas ausführlicher auf die Bilder und Töne einlassen.

Jeden Mittwoch geht es zur besten Abendsendezeit, also ab Viertel nach Acht, auf dem

Von **MICHAEL ZOCK**

WDR „Hart aber fair“ zu. Das ist auf den ersten Blick eine der üblichen Runden, wo Politiker, Experten und Bürger über ein Thema (manchmal auch) streiten. Es schauen regelmäßig über eine Million deutschlandweit zu. Moderator Frank Plasberg geht in diesen 90 Minuten etwas anders mit seinen Gesprächspartnern um, als die (von wem

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Sodann grummelt – Schwäne sterben

auch immer) bevorzugten Damen im Politsalon Illner und Christiansen.

Plasberg fragt originell, erteilt auch mal Betragensnoten für schlechtes Benehmen seiner Gäste. Und wiederholt eine Frage so oft, bis sie auch der hartnäckigste Nichtbeantworter zur Kenntnis nehmen muss. Kürzlich standen Lohn, Arbeit, Chancen und Armut zur Debatte. Unter den bei solchen Themen

üblichen Gesichtern von Ursula Engelen-Kefer bis zu Norbert Röttgen saß diesmal der Peter Sodann. Wahrlich ebenfalls sehr fernseherfahren, wenn auch in anderer Rolle. Man sah ihm an, dass das Gerede seine Gesichtsfalten noch weiter vertiefte. Schließlich grummelte er: *Es ist ja sinnlos, dass ich überhaupt hergekommen bin.* Hatte ihn vielleicht der auch in der Runde sitzende Vertreter eines großen

Familienunternehmens verärgert, der den Theatermann doch ernsthaft über Heines Schlesische Weber examinieren wollte. Nein, solche Blödel scheren einen Sodann nicht. Wohl aber die Tatsache, dass bis auf eine Ausnahme (ein arbeitsloser 55-jähriger Ingenieur) alle glaubten: Wir kriegen die fünf Millionen Arbeitslosen schon in den Griff. (Was das auch immer heißen mag.) Keiner traute sich die Modelle des gegenwärtigen Gesellschaftssystems zu diskutieren und somit auch zu fragen: Wie steht es denn mit deren Vorhersagbarkeit?

Sodann grummelte weiter und mischte damit diese Runde zum nachdenklichen Vergnügen des Zuschauers bald ziemlich auf. Sein Credo: Die Arbeit geht uns aus. Also brauchen wir Beschäftigung, von der man auch

leben kann. Sonst kracht es bald im Gebälk dieser Gesellschaft. (Frau Engelen-Kefer nickte schließlich doch noch.)

Wenn Schwäne sterben, dann trauert nicht nur KARAT. Nein, dieses Mal geriet die Republik gleich mit in Panik, weil rund um die Uhr alle Fernsehprogramme gleiche Bilder zeigten. Eine vom scheinbaren Skandal infizierte Kameraleute schlitterte auf der Ostsee herum und machte Stimmung. Vergaß dabei zu erwähnen, dass es zunächst wichtiger ist, das Nutzgeflügel im Stall wegzusperrern. Junge Reporter spielten somit Richter über angeblich unfähige Landräte. Tage danach las es sich in Zeitungskomentaren schon sachlicher. Fazit: Misstrauere stets dem ersten meist oberflächlichen Fernsehbild und setze auf Augenmaß!

Geschichte deutscher Ostorientierung

Gerd Koenen schrieb dieses Buch aus den Erfahrungen, die er im intensiven Umgang mit Lew Kopelew, dem Initiator des vielbändigen Projekts „West-östliche Spiegelungen“, sammeln konnte, vor allem auch nach dem von beiden herausgegebenen, fast 1000 Seiten umfassenden Werk „Deutschland und die Russische Revolution. 1917–1924“ (1998). Der Verfasser möchte „die weithin vergessene oder ins Abseits gerückte Geschichte der deutschen Ostorientierungen und Russlandfaszinationen“ als „Schlüsselgeschichte des vergangenen Jahrhunderts“ bewertet wissen.

Koenen versucht an glänzend ausgewählten Beispielen die Ambivalenz der unterschiedlichsten deutschen Russlandauffassungen vom ultrarechten bis zum linken Spektrum zu erhellen. In historischer Abfolge werden in vier großen Kapiteln „Vorkrieg und (1.) Weltkrieg“, „Weltkrieg und Revolution“, „Revolution und Nachkrieg“ und „Katastrophe und Neubeginn“ behandelt; ein umfangreicher Anhang (Quellen, Anmerkungen, Abbildungsverzeichnis, Personenregister) runden das Buch ab. Schon aus diesen Überschriften wird deutlich, wie sehr das russische Revolutionserlebnis und die weitere



Entwicklung Sowjetrusslands das deutsche Russlandbild beeinflusst. Hier ist nicht der Platz, einzelne Thesen des Autors kritisch zu durchleuchten. Aber man findet sehr viel Neues: über die Verstrickungen der bolschewistischen Revolutionäre und der deutschen Reichsregierung im Jahre 1917, über die „virtuelle Waffenbrüderschaft“ zwischen Roter Armee und Reichswehr, über die Gedenkrede auf die rechte Ikone Leo Schlageter durch Radek, ausgerechnet auf einer Kominternsitzung 1923, oder zu der Frage, warum der Versailler Frieden eine so starke Ostorientierung der herrschenden deutschen Kreise hervorgerufen hat.

Wenn man weiß, dass allein zwischen 1917 und 1924 über 1200 Buchtitel in Deutsch erschienen sind und dieser Strom auch späterhin nicht versiegt, fragt man sich, wie der Autor dieses unglaublich reichhaltige Material bewältigt. Er gruppiert und etikettiert nicht (oder nur dort, wo das zur Standortbestimmung zwingend erscheint), sondern wählt aus dem verwobenen Beziehungsgefüge einige wenige Figuren aus, die für ihn durch ihre persönlichen Beziehungen bedeutungsvoll unmittelbar in die Geschehnisse involviert sind. So rückt er in den Mittelpunkt: den fast vergessenen Russlandpublizisten Alfons Paquet in all seinen Wandlungen, den schillernden Fabrikanten und Propagandisten Parvus-Helphand, Lenins Deutschland-Emissär Karl Radek und den katholischen Journalisten Eduard Stadler. Oder er gibt einen Überblick über die wichtigsten Reisereportagen zu Sowjetrussland (Kisch und Weiskopf vermisste ich) und nutzt dieses Material für seine Darlegungen. Koenen interessieren die schillernden Zwischengruppen, und so ist es einsichtig, dass er sein Augenmerk auch auf die positive Hinwendung rechter Gruppen und Persönlichkeiten zur Sowjetunion lenkt. Nicht zufällig nennt Koe-

nen einen Abschnitt „konservative Revolutionäre“ und formuliert, dass das Gros des deutschen Bürgertums bei der Beurteilung des Bolschewismus vor Hitler „Momente hypochondrischer Angstanfälle“ kaum hinausgegangen ist. Und genauso wenig zufällig zitiert der Verfasser den Kritiker Alfred Kerr mit einer zeittypisch zugespitzten Formulierung: „Der Bolschewismus ist ein Irrtum. Doch dieser Irrtum war der einzige geniale Gedanke des versumpften Zeitalters.“ Das macht Koenen in eindrucksvoller Weise in dem Abschnitt „Eine deutsche Dostojewtschina“ anhand der Rezeption russischer bzw. sowjetischer künstlerischer und literarischer Leistungen bewusst, die er quer durch alle gesellschaftlichen und sozialen Schichtungen in ihrem Beziehungs- und Spannungsfeld hindurch als einen beispiellosen kulturellen Reichtum und Zuegwin für Deutschland ansieht. Man wird das Buch schwerlich in einem Zuge lesen, es erfordert schon Anstrengung, aber der geistige Ertrag lohnt.

• **ERHARD HEXELSCHNEIDER**

Gerd Koenen: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945. München, Verlag C. H. Beck 2005. 528 S., 53 Abb., 29,90 Euro

Präzisierte Auflage ist anzuraten

Die 4., erweiterte und ergänzte Auflage des Politiklexikons enthält über 1300 Stichworte, ergänzt durch mehr als 50 Grafiken, Tabellen, Karten und gemäß den Schwerpunkten des Lexikons Zeitleisten zur politischen Geschichte Deutschlands ab 1945 und der Geschichte der Europäischen Integration. Die Gestaltung des Lexikons, das sich an einen breiten Nutzerkreis wendet, ermöglicht eine problemlose Handhabung.

Die Stichworte sind aus politikwissenschaftlicher Sicht geschrieben. Soweit sie sich auf die Geschichte der DDR beziehen, sind sie zwar sachlich abgefasst, weisen aber große Lücken auf und sind oftmals nicht fehlerfrei. So wurde beispielsweise die DDR 1949 nicht als „sozialistischer Staat ausgerufen“ und die NVA war nicht an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch Truppen des Warschauer Pakts beteiligt. Zu weiteren Unzulänglichkeiten gehört, dass von den Parteien der DDR die CDU und die DBD – beide sind der westdeutschen CDU beigetreten – ausgeklammert werden. Ausgelassen werden auch der FDGB, der DFD, die FDJ und der Kulturbund, die als Fraktionen der Volkskammer der DDR angehörten, während andererseits richtigerweise der DGB, aber eben selbst der Deutsche Beamtenbund behandelt werden. Den an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster tätigen Autoren ist daher eine Neuauflage anzuraten, die den Fakten der politischen Geschichte der DDR gerecht wird. • **KURT SCHNEIDER**

Klaus Schubert / Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktualisierte Auflage. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2006. 347 S., 14,90 Euro

Nur 12 Tage nach dem Sieg der sandinistischen Volksrevolution in Nicaragua landete die erste Solidaritätsmaschine der DDR mit dringend benötigten Medikamenten, Blutplasma, Verbandstoffen und Decken in Managua. Mit dem gleichen Flugzeug kamen die ersten schwer verwundeten Opfer des konterrevolutionären Terrors zur Heilbehandlung in die DDR. Jahre später waren es mehrere Hundert. Nur eine von vielen Aktivitäten der DDR-Solidaritätsbewegung. Botschafter a. D.

Im Land herrschte Solidarität

Achim Reichardt, der seit 1982 Generalsekretär des Solidaritätskomitees der DDR war und nach dessen Umbenennung den Solidaritätsdienst-international e. V. leitete, hat einen historischen Abriss der Solidaritätsbewegung in der DDR verfasst. Reichardt hat sein Buch in drei Teile gegliedert. Teil I: Organisatorische Entwicklung der internationalen Solidaritätsbe-

wegung, Teil II: Zeitabschnitt 1989 bis 1990, Teil III: die Hetze westlicher Medien gegen SODI und den politisch motivierten Versuch der Treuhänder, die Spendengelder der DDR-Bürger auf kaltem Wege zu vereinnahmen. Dieser Teil hat geradezu die Dramaturgie eines Krimis. Letztlich schloss man vor Gericht einen Vergleich. Danach verfügte SODI nach der Währungsunion über eine Spendensumme von 54 564 830,32 DM per 1. Juli 1990. Im Vorwort schreibt Hans Mo-

drow, das keine Spendengelder veruntreut wurden, dass die Offenheit und Ehrlichkeit der Mitarbeiter des Solidaritätskomitees „Würdigung und Anerkennung“ verdienen. Ein Buch, das in die Geschichtsschreibung über die DDR eingehen wird. • **FRANZ-KARL HITZE**

Achim Reichardt, Nie vergessen – Solidarität üben! Die Solidaritätsbewegung in der DDR. Kai Homilius Verlag, (Edition Zeitgeschichte, Band 23). 2006. 336 S., 18 Euro

Wie ging es Kapitalisten unter Ulbricht?

Eine junge Französin, geboren 1973, ein Jahr nach der Überführung privater und halbstaatlicher Betriebe der DDR in Volkseigentum, studierte Anfang der 90er Jahre in Jena Zeitgeschichte, promovierte an der Sorbonne über den Mittelstand in der DDR und wurde während ihres Aufenthaltes in den neuen Bundesländern von der Neugier erfasst, welche Schicksale sich wohl hinter den vielen vergessenen Wirtschaftsgebäuden kleiner privater Firmen verbergen und wie die Inhaber die Zeit in der DDR erlebt haben mögen. Erstaunlich war für sie, dass eine private Wirtschaft in einem sozialistischen Staat be-

stehen konnte. Daraus entstand ihr Buch. Es beginnt mit einem 20seitigen historischen Überblick zur Entwicklung dieses Wirtschaftssektors und die Politik der DDR ihm gegenüber bis zur Verstaatlichung im Jahre 1972, wobei die ehemaligen Inhaber den Betrieb zumeist weiter als VEB leiteten. Die Darstellung wird veranschaulicht durch Fotos und informative Diagramme. Am Schluss berührt die Autorin auch die 1990 auf die Tagesordnung gelangten Probleme der Reprivatisierung. Dieser Einführung schließen sich acht ausgewählte Interviews mit Unternehmern verschiedener Branchen und persönlicher



Konstellationen an. In ihrer Gesamtheit bieten sie ein facettenreiches und weitgehend ausgewogenes Bild, verbunden mit differenzierten Wertungen. Das wirtschaftliche und politische Alltagsleben in den

Betrieben wie auch die Beziehungen zur sozialistischen Gesellschaft und zum Staat werden in all ihren positiven und negativen Erscheinungsformen nachgezeichnet. Die ehemaligen oder teilweise auch noch heute tätigen Unternehmer stehen Rede und Antwort zu den vielfältigsten Fragen besonders des wirtschaftlichen Lebens in der DDR und zu ihrer sozialen und politischen Befindlichkeit. Die Autorin verweist aber auch auf Grenzen dieser Aussagen: „Zeitzeugenberichte sagen nicht immer aus, wie etwas wirklich gewesen ist, sondern eher, wie es wahrgenommen wurde.“ • **G. L.**

Agnès Arp: VEB – Vaters ehemaliger Betrieb. Privatunternehmer in der DDR. Militzke Verlag, Leipzig 2005. 240 S., 19,90 Euro

Brezan erzählt

Im Sorbischen wurden Märchen über Jahrhunderte nur mündlich überliefert, hatten es so besonders schwer, zu überleben, und haben doch viel Ursprüngliches in ihrer kargen Sprache bewahrt. Jurij Brezan als profunder Kenner und exzellenter Erzähler hat sich ihrer angenommen. Er kleidet sie neu ein: ein neues Mieder, ein Mäntelchen, einen lustigen Hut auf einen listigen Kopf, und jedem angesteckt ein buntbesticktes Band in den Farben der Heide. So entlässt er sie vor seinem 90. Geburtstag aus ihrer Heimat.

Jurij Brezan: Die Jungfrau, die nicht ins Bett wollte. Sorbische Märchen übertragen und neu erzählt. Domowina-Verlag Bautzen, 16,90 Euro.

Karl Lamprecht kam am 25. Februar 1856 in Jessen zur Welt. Von 1891 bis zu seinem Tode 1915 wirkte er als Professor, Institutsgründer und -direktor sowie auch als Rektor an der Leipziger Universität. Zwei wesentliche Seiten seines umfassenden Schaffens und Nachwirkens treten dabei hervor:

1. Schon die ersten Bände seiner „Deutschen Geschichte“ (1891 ff.) lösten einen Historikerstreit aus. Es ging um die Grundfrage, ob der Staat feudaler Herkunft mit seinen Repräsentanten und deren Aktionen gegenüber der Gesellschaft weiterhin wesentlicher Gegenstand der Geschichtsschreibung zu sein hat. Lamprecht bestritt dies.

Der erzkonservative Marburger Historiker Georg von Selow hielt es namens der Historikerzunft für geboten, in diesem Streit 1898 „die Axt“ zu „gebrauchen“ und den Primat des Machtstaats sowie der nun imperialistisch-militaristischen Außenpolitik zu dogmatisieren. Lamprecht war damit in der Historikerzunft des deutschen Kaiserreichs, das sich zum „Griff nach der Weltmacht“ rüstete, völlig isoliert, obwohl er diesen Griff gleichfalls begrüßte. Dagegen wuchs infolge seiner kultur- und universalhistorischen Orientierung sein internationales Ansehen. Der Kern der deutschen Historikerzunft war aber – eingeschworen auf den Staatsprimat – zu einer Kampfeinheit geworden. Diese agierte bei Vorbe-

Der bedeutende Leipziger Kultur- und Universalhistoriker Karl Lamprecht

Geboren vor 150 Jahren, am 25. Februar 1856

reitung und Durchführung zweier Weltkriege sowie mit Mehrheit auch in der BRD im Kalten Krieg – bis in die 60er Jahre unter dem Dogma des Staatsprimats. Mit dem Lamprecht-Streit war zugleich ein Modell der Disziplinierung

Wir wissen in der deutschen Geschichtsschreibung sehr wohl zu unterscheiden zwischen einem Treitschke, der im Interesse des preußisch-deutschen Militarismus vor keiner Geschichtsklitterung zurückschreckte, und einem Karl Lamprecht, der einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Geschichte seines Vaterlandes geleistet hat. Lamprecht stellte die Frage nach den Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte. Das bestimmte auch Methoden und Inhalt seiner Forschungsarbeit ...

Walter Ulbricht in seiner Rede zum 15. Jahrestag der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 20. Oktober 1960

und Diskriminierung gewonnen worden, das in künftigen Fällen modifiziert angewandt wurde. Das erfolgte selbstredend auch gegenüber der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR.

2. Im Gegensatz zum Kampf gegen Lamprecht fanden seine Bestrebungen durch marxistische Historiker und ihre Schüler, die seit den 90er Jahren neue Wege suchten, ein positives Interesse. Das galt bereits für Franz Mehring. Ihm folgten Ernst Engelberg, Walter Markov, Hans Schleier, Gerald Diesener, Matthias Midell u. a. Letzterer hat die Geschichte des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte, das 1909 von Lamprecht gegründet werden konnte bis zu den marxistischen Historikern Markov und Manfred Kossok in einer herausragenden Habilitationsschrift (2002) untersucht. Markov, der 1949 das Direktorat des Instituts übernahm, stellte 1989 fest: „Das,



was wir an Lamprecht besonders schätzen ... ist sein Universalismus, sein Vermächtnis, dass Geschichte entweder total oder keine Geschichte ist. Wobei die unterschiedliche Intonation ... bei uns Marxisten ... nicht zu überhören ist.“ Jene, die sich als Schüler von Markov und Kossok verstehen, sind in der Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität bestrebt, dieser Orientierung unter globalgeschichtlichen Aspekten in einer total veränderten Welt zu folgen.

• WERNER BERTHOLD

Naturforscher und Förderer der Arbeiterbildung

Zum 200. Geburtstag des Leipzigers Emil Adolf Roßmäßler

Der Naturforscher und populärwissenschaftliche Publizist Emil Adolf Roßmäßler, an den ein Straßename in Leipzig-Connewitz erinnert, gehörte zu jenen Demokraten, die aus dem um Robert Blum gescharten linken Flügel der Frankfurter National-



versammlung hervorgingen und den Weg zur Arbeiterbewegung fanden. Roßmäßler, geboren am 3. März 1806 in Leipzig und hier gestorben am 8. April 1867, wurde seines Amtes als Professor für Naturgeschichte an der Forstakademie in Tharandt

bei Dresden enthoben, weil er 1848 Mitunterzeichner der Erklärung von 92 linken Abgeordneten des Parlaments war, die sich gegen die Missachtung des Volkswillens wandten, Neuwahlen forderten und im Rumpfparlament verblieben, bis es im Juni 1849 mit militärischer Gewalt aufgelöst wurde. Nachdem Roßmäßler 1850 in seine Heimatstadt Leipzig zurückgekehrt war, widmete er sich vor allem als Buchautor, Zeitschriftenherausgeber und in Vorträgen der Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse. Aber zugleich engagierte sich Professor Roßmäßler besonders in den sechziger Jahren auf politischem Gebiet. Als 1866 in

Zwickau die Sächsische Volkspartei, Keimzelle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher) gegründet wurde, gehörte er neben Bebel, Liebknecht und Motteler zu ihren Vätern. Damit näherte sich der linksliberale Demokrat weiter bewusst der Arbeiterbewegung an.

Große Verdienste erwarb sich Roßmäßler auf dem Gebiet der Arbeiterbildung in Leipzig. Bereits im Frühjahr 1861 förderte er die Bildung eines speziellen Arbeitervereins in der von ihm maßgeblich beeinflussten Polytechnischen Gesellschaft Leipzig. Im Auftrage des Leipziger Vereins erarbeitete er das Programm für einen gesamtdeutschen Verband der Arbeiterbildungs- und Arbeitervereine und war 1963 sein Mitbegründer. Damit trug er zur organisatorischen Verselbständigung der Arbeiterbewegung bei. Roßmäßler war auch Inspirator für Leipzigs Naturkundemuseum.

Von seinen populärwissenschaftlichen Schriften seien hervorgehoben: „Iconographie der Land- und Süßwassermollusken“ (3 Bd.), „Der Mensch im Spiegel der Natur“ (5 Bd.) und „Die Tiere des Waldes“ (2 Bände, zusammen mit Alfred Brehm).

• G. L.

Vor einiger Zeit erhielt ich ein Antikriegsbuch eines ehemaligen Leipzigers. Wir kamen in Verbindung, fanden viele gemeinsame Einstellungen, und er überraschte mich mit der Frage, wie man nach dem verbrecherischen II. Weltkrieg freiwillig eine Waffe in die Hand nehmen und sogar Offizier werden konnte. Diese Frage hatte ich mir nie gestellt, denn ich wusste aus eigener Erfahrung, dass die Offiziere der Armee der DDR nur den Frieden wollten und darum bereit waren, die DDR zu verteidigen.

Und warum haben wir eigentlich zu unserem Staat gehalten? Wegen der politischen Schulung? Ach, so wirksam war die leider gar nicht. Es hatte wohl eher mit unseren Lebensläufen zu tun. Jede Generation hat am Anfang ihres bewussten Lebens ein Grunderlebnis. Unseres hieß: Kriegsende und Neubeginn. Die „unbesiegbare“ Wehrmacht geschlagen, die Nazi-herrschaft zerschlagen und der ehemalige Todfeind im Lande – und es ging trotzdem weiter. Mit kleinen Brotrotationen, mit Hunger, aber ohne Sirenengeheul und Todesmeldungen von der Front. „Nie wieder Krieg“ stand in großen Lettern auf den Mauerresten. Es war die erste und wichtigste Losung, die unser geistiges Vakuum ausfüllte. So ein Grunderlebnis kann zu einer lebensbestimmenden Grunderkenntnis führen. Uns halfen antifaschistische Lehrer. Sie brachten uns auf die Frage, wer schuld hat am Krieg. Die Nazis, die Generäle, Hitler, Goebbels? Die auch. Aber die Hauptschuld hatten und haben die, die am Krieg verdienen,

egal, wie er ausgeht. Diese Wahrheit war zu klar, um sie nicht zu begreifen: Das große Kapital muss weg, die Konzerne, die die Politik bestimmen. Ein Staat ohne Konzerne muss her, ohne Profitsucht, ohne Erbfeinde, mit friedlichen Zielen. Und dieser

Gründung der DDR-Armee vor 50 Jahren

Vom Sinn des Soldatseins in der NVA

Staat muss geschützt werden. So gingen wir durch die Kasernen und erlebten leider eine andere Welt, als wir erwartet hatten. Wir erlebten neben der Ausbildung an veralteten Waffen viel Unsinniges, Stures, Albernies – und das mit ernster Miene und stets mit erhobenem Zeigefinger. Aber es gab doch zuallererst einen Sinn in unserem Leben und in unserem Soldatsein! Warum haben wir alles ertragen und nicht aufbegehrt? Aus Angst? Sicher, aber wovor? Vor dem elenden Gefühl, man würde sich wegen lauter Bagatellen feige in die Büsche schlagen und könnte das vor niemandem verantworten, nicht einmal vor sich selbst.

Unser Gewissen hielt uns bei der Stange, die Frucht der Grunderkenntnis über unsere Welt. Sie war so tief in uns verwurzelt, daß sie ein Leben lang hielt. Wenn später so mancher in den Westen ging, weil sie glaubten in der DDR nicht mehr leben zu

können – gegen diesen Schritt waren wir gefeit: Nur nicht überlaufen auf die andere Seite, in diese andere Welt mit ihren Maßstäben, die nicht unsere sein können.

Und nun sind wir auf der anderen Seite angekommen, ohne die eigene verlassen zu haben. Weil eine Volksarmee tun muss, was das Volk will? Wusste denn das Volk, um was es ging bei dieser Wende? Außer um D-Mark und Reisen in alle Welt? Aber: Diese Armee, die erste Deutschlands, die keinen Krieg geführt hat, wollte schon gar nicht Krieg führen gegen das eigene Volk. Dank den besonnenen Genossen, die sich mit dieser Überzeugung durchsetzten in Moskau, Berlin, Strausberg und in Leipzig, leben wir heute. Dennoch: Unsere Armee hat sich, wie ihre führende Partei, sang- und klanglos selbst aufgelöst. Also vertane Zeit, unsere lange Dienstzeit, alles umsonst gewesen? 1990 konnte man das vielleicht noch glauben, heute gewiss nicht mehr. Deutsche Kanzler, Generäle und Soldaten als Hilfstruppen des USA-Weltgendarms in aller Welt – haben wir das nicht immer so gesehen und erleben es heute?

Als dieser Weltgendarm in Korea und Vietnam wütete, musste die Bundeswehr noch schön zu Hause bleiben, denn wir waren ja da. Die Atommacht UdSSR. Der Warschauer Vertrag. Wir Krauses in Uniform. Der Kalte Krieg konnte nicht zum heißen eskalieren. Wir waren eine durchaus wirksame Bremse gegen aggressive Gelüste. Und all die Jahrzehnte hatten die Deutschen Frieden.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Vor langen Jahren pflegte man humorig zu stöhnen: „Ich glaubte, mich knutscht ein Elch!“ Und mitten im Februar 2006 glaubte ich für Sekunden allen Ernstes, dass nun der Augenblick gekommen war, an dem ein Elch mir seine Liebesgefühle offenbaren würde. Beschert hatte mir diesen Schock die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die wohl der Meinung gewesen war, die Anti-Stasi-Kampagne müsse noch – so sagt man heute wohl – „getoppt“ werden. Der damit beauftragte Autor ist ein gewisser Anno Hecker, geboren irgendwann im Hochsommer 1964. Als am 6. Februar 1968 in Grenoble die X. Olympischen Winterspiele eröffnet wurden, war er also noch keine vier Jahre alt und was sich dort damals an der Rennschlittenbahn in Villard de Lans zugetragen hatte, scheint er nie im Leben nachgelesen zu haben. Sein Artikel jedenfalls ließ den Eindruck entstehen, er glaube, den Lesern Neuigkeiten mitzuteilen. Man musste nicht lange grübeln, wie solche Fakten-Ignoranz entstehen konnte: Jemand hatte ihm eine „Stasi“-Akte geschenkt! Und was wiegt heutzutage für einen Medienlorbeerjäger hierzulande mehr? Ich beschreibe dem Leser, der die Ereignisse von damals nicht mehr im Kopf hat, den Skandal in Stichworten: Gegen den mit wilden politischen Drohungen vorgetragenen Willen der BRD-Regierung hatte das Internationale Olympische Komitee der DDR 1965 eine eigene Olympia-Mannschaft eingeräumt. Die Premiere war bei den Winterspielen in Grenoble 1968, und den noch immer erbobsten BRD-Politikern lag an einem handfesten Skandal, der das olympische Ansehen der DDR schon bei diesem Auftakt ruinieren sollte. Man suchte sich eine Sportart aus, in der DDR-Siege zu befürchten waren, nämlich die Rennschlittenwettbewerbe. Nach zwei von vier Durchgängen lagen denn auch zwei DDR-Athletinnen in Front, die dritte war aussichtsreiche Vierte. Aber urplötzlich wurde der dritte Lauf aus „Sicherheitsgründen“ abgesagt. Minuten später kam die schockierende Mitteilung, dass die DDR-Frauen disqualifiziert worden seien. Fassungslos fragte die DDR-Mannschaftsleitung nach dem

Grund. Ehe sie noch eine Antwort bekam – man warf den DDR-Frauen vor, die Kufen ihrer Schlitten „geheizt“ zu haben –, belagerte schon eine Meute bundesdeutscher Journalisten den Eingang zum DDR-Hotel. Es blieb bei der Disqualifikation und die Medaillen gingen an die BRD.

Nun wollte man gleich zum ganz großen Schlag gegen die DDR ausholen: Der westdeutsche Mannschaftsleiter Hartmann trommelte in seinem Hotel alle erreichbaren Mannschaftsleiter zusammen und schlug ihnen vor, vom IOC zu verlangen, dass die gesamte DDR-Rennschlittenmannschaft wegen „versuchten Betruges“ disqualifiziert werden müsse, also auch die Männer.

Sportkolumne

Der Elch und die Kufen

Der IOC-Präsident Avery Brundage (USA) – wahrlich kein DDR-Fan – begab sich, durch den Protest der DDR aufgeschreckt, an den Schauplatz und fragte die Jury als erstes, wie sie denn die angeblich von der DDR geheizten Kufen festgestellt hätte. Er wollte ein Thermometer sehen und die Werte erfahren, die mit ihm gemessen worden waren. Die Jury bekannte kleinlaut, noch nie ein Thermometer benutzt zu haben. Man nehme Schneeklumpchen und werfe sie auf die Kufen. Sie seien bei den Schlitten der DDR-Frauen verblüffend schnell geschmolzen. Brundage – ich stand in diesem Augenblick neben ihm – fragte nur: „Ist das Ihr Ernst?“ Die Jury nickte und Brundage – nach den Regeln nicht imstande, die Entscheidung aufzuheben – entschloss sich zu einer in der Geschichte der Spiele beispiellosen Demonstration: Er lud die drei DDR-Frauen zum Essen ins IOC-Hotel ein und speiste dort mit ihnen inmitten des gesamten Internationalen Olympischen Komitees. Die Intrige gegen die DDR war vor der olympischen Öffentlichkeit „demontiert“, wenn auch die Frauen um ihre Medaillen betrogen blieben.

Nun – 38 Jahre später – erschien Anno Hecker und der sich pausenlos als „Stasi“-Spezialist aufspielende Giselher Spitzer und schlugen in der *FAZ* die Trommel: „In diesen Tagen noch zucken deutsche Sportfunktionäre zusammen, wenn von der Stasi die Rede ist, von Spitzeln, von gemeinem Verrat, von falscher deutsch-deutscher Kameradschaft und Ignoranz gegenüber den brutalen Schnitten des ‚Schwertes der Partei‘. In diesem Fall ist es ganz anders. Erstmals scheinen Dokumente aus den gesammelten Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ein Fehlurteil im olympischen Wintersport aufzudecken, eine Affäre zu klären, die Athletinnen aus Ost und West schwer belastete.“

Dass das Hecker-Spitzer-Duo plötzlich die 1968 schon von den DDR-Medien enthüllten Hintergründe des Kufenskandals bestätigte, hatte einen Grund, den nur die Gegenwart präsentieren konnte: Es hatte in einer „Stasi“-Akte gestanden! Frau BIRTHLER avancierte zur Kronzeugin: „Auf etwa 37 Seiten, die der Berliner Stasi-Enthüller und -Experte Giselher Spitzer entdeckte, hat der Offizier im besonderen Einsatz (OibE) Oberstleutnant Noack, den Fall analysiert und ihn für die MfS-Führung als mehr oder weniger abgekartetes Spiel beschrieben.“ Das hatte – siehe oben – damals auch der IOC-Präsident so empfunden. Dank der „Stasi“ darf also plötzlich ausnahmsweise zur Wahrheit werden, was 38 Jahre geleugnet worden war. Die DDR hatte sich damals gegenüber dem den „Heizeffekt“ aufdeckenden Schiedsrichter übrigens zurückhalten müssen, denn er war ein Pole. Die polnische Sportleitung hielt ihn für einen ehrenwerten Mann und DDR-Politiker hielten einen DDR-polnischen Zwist wegen dieses Vorfalls für unangebracht. Jener MfS-Ermittler hatte seinerzeit sogar herausgefunden, dass der Pole schon im Vorfeld von den Westdeutschen zu einem Urlaub eingeladen worden war, vorsichtshalber nach Österreich.

Damit niemand glaubt, Medien oder die BIRTHLER-Behörde seien auf dem Weg zur Wahrheit, muss noch angefügt werden, dass der betreffende Offizier natürlich ein „Böser“ war: „Stasi“-Experte Spitzer: „Er wußte von allen Geheimnissen, wie etwa dem Versenken von Dopingsubstanzen im St.-Lorenz-Strom zum Ende der Sommerspiele von 1976 in Montreal.“ Da haben wir's: Der Kufenskandal von 1968 fand erst in Montreal 1976 sein „Stasi“-Ende, als der Offizier Dopingsubstanzen im St. Lorenz-Strom versenkte.

Hecker und Spitzer ließen die Frage offen: Hat die BIRTHLER-Behörde die Taucher schon angeheuert, die das Geheimnis vom Grund des St.Lorenz-Stroms bergen werden?

Oder knutscht mich ein Elch?

Naturkundemuseum hat 100. Geburtstag

Unerschöpfliche Naturanschauung

Viele Generationen von Schülern aus Leipzig und Umgebung haben im Naturkundemuseum, früher hieß es einmal Heimatkundemuseum, anschauliche Kenntnisse über ihre natürliche Umwelt erlangt. Erwachsene kommen immer wieder hierher, vor allem mit ihren Kindern und Enkeln, um in der Dauerausstellung und den jährlich mehrfach wechselnden Sonder-schauen Neues zu entdecken. Im Jahre 2005 kamen 33 000 Besucher, 5000 mehr als das Jahr zuvor.

Gründer des Museums war am 3. März 1906 die Naturwissenschaftliche Vereinigung des Leipziger Lehrervereins. Aber dieses offizielle Gründungsdatum markiert eigentlich nur den Beginn des Museumsaufbaus. Eröffnet wurde es 1912 in ei-

nem Gebäude am Tröndlingring, sein heutiges Domizil am Goerdelerring hat es seit 1923. Das Museum ist Forschungs-, Dokumentations- und Präsentationsstätte auf den Gebieten Geologie, Botanik, Zoologie und Archäologie, bezogen auf den Raum Nordwestsachsen, konkret: die Leipziger Tieflandsbucht. Aber im Bestand sind auch zahlreiche exotische Stücke.

Die Sammlungen sind außerordentlich reichhaltig, nur ein Bruchteil kann in der ständigen Ausstellung präsentiert werden. Allein zur Geologie und auf angrenzenden Gebieten sind 22 000 Objekte inventarisiert. Darunter sind 15 000 fossilführende Sedimentgeschiebe. Herbarien vereinigen 15 000 Sachzeugen zur regionalen Botanik.

Auf zoologischem Gebiet sind hervorzuheben: eine 8000 Objekte umfassende Molluscensammlung, eine Schmetterlingssammlung mit 20 000 Objekten, 9600 Wirbeltierpräparate und über 5000 Vogelgelege. Unter den Exponaten befinden sich zahlreiche Beispiele für heute in Sachsen ausgestorbene Tierarten. Rund 12 000 archäologische Funde dokumentieren die ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterlich-neuzeitliche Kulturentwicklung im Raum Leipzig.

Ergänzt werden die Sachzeugen durch eine über 28 000 Manuskripte, Druckschriften, kartografische und fotografische Objekte umfassende Dokumentensammlung und eine Bibliothek mit rund 17 000 Büchern.

Angesichts dieses reichen Mate-



rials, das nicht nur Schaustück ist, sondern auch Quelle für Entscheidungen, die die Umwelt betreffen, die dem Erhalt und dem Schutz der Naturräume dienen, ist es verwunderlich, dass das Museum in den vergangenen Jahren vor der Frage seiner Schließung stand und mehrfach personelle und finanzielle Einschnitte hinnehmen musste. Zudem wurde die dringende nötige räumliche Erweiterung und Verbesserung der Arbeits- und Präsentationsbedingungen zwar anerkannt, und

sie spiegelt sich in einer Reihe von passablen Projekten wider – sowohl an neuen Standorten wie am herkömmlichen –, aber die Stadt sieht dafür in absehbarer Zeit keine Realisierungsmöglichkeiten.

Vielleicht ist das Jubiläum – es wird u. a. mit einem Festakt in der Alten Börse begangen – Anlass, sich auf die kulturpolitischen Leitlinien der Stadt aus dem Jahre 1999 zu besinnen, in denen dem Museum eine hohe Bedeutung zugemessen wird.

• GÜNTER LIPPOLD

Nachts kann ich nicht schlafen ...

Schuld ist die Nachricht, dass die Delegationsreise der Abgeordneten der Linkspartei.PDS vom kubanischen Gastgeber verschoben wurde. Meiner Meinung nach zurecht. Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, weiß, dass die USA und ihre Verbündeten seit Jahren versuchen, Kuba in die Knie zu zwingen. Auch der jetzige Versuch, die 2005 von der Europäischen Union gelockerten Sanktionen gegen Kuba wieder einzuführen, dient diesem Zweck. Dank sei den 20 Fraktionsmitgliedern ausgesprochen, die so viel Weitsicht besitzen, um diese Intrige zu erkennen und die dieser Entschließung nicht zugestimmt haben. Aber ich schäme mich als Mitglied der Linkspartei für das Verhalten von Andre Brie, Helmuth Markow und Gabi Zimmer, die so weit vom Standpunkt der Mehrheit der Mitglieder entfernt sind, dass sie dieser Entschließung zugestimmt haben.

Auch wenn es sicher Dinge gibt, die in Kuba anders entschieden werden als in Deutschland, verlange ich von Menschen, die Verantwortung tragen, nicht nur Einfluss auf bestimmte Formulierungen zu nehmen, sondern im entscheidenden Moment der Abstimmung so viel politische Klarheit zu haben, dass sie die internationale Lage richtig einschätzen und ein sozialistisches Land schützen.

Ich weiß von Verwandten, wie die desertierten Kubaner in den USA (Florida) leben, gehätschelt und unterstützt werden, obwohl eine Vielzahl von amerikanischen Bürgern unwürdig in Slums leben und Hilfe benötigen. Warum wohl diese Unterschiede?

Wenn es dann noch heißt, niemand sei gegen Kuba, dann ist das – wenn keine Taten dahinter stehen – für mich nur ein Lippenbekenntnis.

GERDA UHLIG,
LEIPZIG

Am 1. März 2006 begeht die Nationale Volksarmee ihren 50. Geburtstag, zumindest in den Köpfen derjenigen, die aus Überzeugung ihren Ehrendienst in den Landstreitkräften, der Volksmarine, den Luftstreitkräften / Luftverteidigung und den Grenztruppen leisteten. Ich erinnere mich genau, welche schwere Zeit es von Beginn an für uns war. Entbehrungen jeglicher Art, Trennung von der Familie, eine Dienstzeit von mitunter 24 Stunden am Tag. Aber es war auch eine Zeit des Lernens, des Sammeln von Erfahrungen und der Gewissheit mit der eigenen Person etwas für unsere Republik zu tun.

50. Jahrestag der Nationalen Volksarmee der DDR

Der 1. März – ein Feiertag

War es am Anfang eine Volksarmee auf der Basis der Freiwilligkeit, so gab es ab 1962 die allgemeine Wehrpflicht.

Unsere Generation hat es verinnerlicht, dass es dem Land gut geht, wenn das werktätige Volk die Macht hat. Leider hat es – und dies mussten wir schmerzlich erfahren – schwerwiegende Fehler in der Führung unserer sozialistischen Staaten gegeben. Änderung in der Politik war notwendig geworden. Die Vorstellungen darüber waren sicher vielschich-

tig, aber die gegenwärtige Situation war gewiss nicht in den Gedanken vorhanden.

Seit 1990 versucht der Staat Bundesrepublik allen DDR-Bürgern ein Unrechtsbewusstsein aufzuzwingen, weil sie in der DDR gelebt und gearbeitet haben. Insbesondere sind die Angehörigen der bewaffneten Streitkräfte und die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit Zielscheibe ihrer Angriffe. Als ehemaliger Angehöriger der NVA ist es mir ein

Bedürfnis an der Seite derer zu stehen, die von der Bundesrepublik bewusst um ihre berechtigten Ansprüche betrogen werden. Ich weiß, dass diese

Art Solidarität von vielen Angehörigen der NVA, des Zolls und der Polizei gelebt wird und das die Betroffenen sich dessen bewusst sind. Ich werde nicht aufgeben, dies bin ich mir selbst und meinen Kindern und Enkelkindern schuldig.

Den 1. März werden wir immer im Bewusstsein feiern, kein Unrecht begangen zu haben. Wir waren nicht Angehörige einer Angriffsarmee sondern einer Armee des Friedens.

FRITZ DOST, LEIPZIG

Die Leipziger seien sehr unentschieden, auch kurz vor der zweiten OBM-Wahl, so heißt es. Dabei dürfte die Wahl doch nicht schwer sein bei den vielen Wahlwerbe-Plakaten. In Mockau sind vorwiegend die Herren Jung (SPD), Albrecht (CDU) und Weichert (Grüne) zu sehen.

Jung möchte „Leipzig weiter stärken“. Nach den Plakaten zu urteilen, braucht er dazu den starken Rückhalt der Ex-OBM Tiefensee und Lehmann-Grube. Letzterer entblödete sich nicht, um Spenden für Jungs Wahlkampf zu bitten (und das unnütze Millionen-grab City-Tunnel vehement zu verteidigen). Bei allen Wahlkampfaufrufen ergeben sich für mich etliche Fragen. Kandidat Jung fordert „Zusammen halten“ – was? „Zusammen wachsen“ – wie soll das gehen,

Leider nur auf Plakaten

Tragbare und leicht zu entfernende Politiker

sind wir Skispringer? (Die neue Rechtschreibung ist wahrlich kompliziert.)

„Zusammen gestalten“ – wann, wie und wo durften Leipziger je an der Gestaltung ihrer Stadt teilnehmen?

„Arbeit schaffen“ – ja, wie denn?

Auch Kinder machen sich auf Wahlplakaten immer gut, sie haben so etwas Anrührendes. Albrecht wirbt mit undefinierbaren „100% Leipzig“ und „Stark machen für Arbeit“ –

Wen macht er stark, die Arbeitlosen?

Weichert von den Grünen tritt ja nun am 26. Februar nicht mehr an, aber mich beschäftigt immer noch, was er damit meinte: „Die Aufgabe heißt Leipzig“? Und „Arbeitsreich“ – was soll diese mehrdeutige Aussage?

„Bildungsreich“ – haben die Grünen je eine Schulschließung verhindern helfen?

„Kulturreich“ – für wen? Weiß er, wie viele Rentner, Geringverdienende, Arbeitslose sich weder Konzerte noch Oper oder Theater leisten können?

Nach dem Lesen dieser Wahlplakate kann ich mich nur noch der Meinung V. von Bülow anschließen: „Ich liebe Politiker auf Wahlplakaten. Sie sind tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.“

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Erwartungsfroh und sich bald völlig ihrem Ohr hingebend, fanden sich am 25. Januar im Liebknecht-Haus (Braustraße) wieder die Freunde des Literaturcafés ein. Es wurde in alten und neuen Manuskripten der Freitagswerkstatt geblättert und vorgelesen. Das auch von der AG Lisa getragene kulturelle Erlebnis, das unter dem Thema „Im Winter war's – warme und andere Gedanken zur kalten Jahreszeit“ stand, gestaltete sich als Mix von kurzen Prosatexten und Gedichten. Ob modernes oder phantastisches Märchen, ob anspruchsvolle Lyrik oder leichter Witz – man konnte sich berauschen lassen, durfte aber auch ergriffen werden von der Heftigkeit manchen Schicksals. Alles in allem stimmte das Gehörte nachdenklich, war berührend und intensiv – und erst recht nicht ohne Echo: Unverhofft

Lauschangriff der angenehmen Art

schnell nämlich verlief sich das Ende der Lesung in eine Gesprächsrunde, kein leichtes Plaudern, eher ein motivierendes Anregen, was mit solchen und anderen Texten getan werden kann. Das, was die schreibenden Zeitzeugen von Krieg und Faschismus bereits praktizieren – mit eigenen Erlebnisberichten den Geschichtsunterricht der Gymnasien bereichern – das könnte erweitert werden. Und es müsste erprobt werden, inwieweit das generell, also auch an Hauptschulen, möglich ist – in geradezu herausfordernder Ergänzung zum abwählbar gewordenen Fach Geschichte. Die durch jung und alt vertretene gemischte

Runde, freundlich bewirbt mit Tee, Wein und Leckereien, hatte einschließlich des angenehmen Rahmens „Unterm Dach“ einen gelungenen Abend. In diesem Sinne darf sich das Publikum bei der nächsten dort stattfindenden kostenfreien Lesung gern vergrößern. Darum gehört, neben dem Dankeschön an die Lisa-Frauen, bereits der 28. April 18.00 Uhr vorgemerkt!

H. CROSTEWITZ, MARKKRANSTÄDT

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

WER WANDERT, TRIFFT WANDERER und wer Wanderer trifft, verplaudert hier und da ein halbes Stündchen und wer plaudert erfährt Neuigkeiten. Manchmal gute, meist weniger gute und oft hängen die damit zusammen, dass niemand die Menschen daran hindern kann, sich daran zu erinnern, wie es früher in Neufünfland zugeht. Ja, natürlich: Keine Bananen. Aber zum Beispiel dafür keine – oder fast keine – Offenbarungseide. Als wir neulich in der Spielzeugstadt Sonneberg an einem Biertisch saßen, war der juristische Aufschwung beim Amtsgericht das Thema. Der Amtsgerichtsdirektor hatte Bilanz gezogen und die sprach nicht gerade für blühende Landschaften. Fassungslos hörte ich, dass im Jahr 2005 insgesamt 2569 Wohnungen im Kreis offiziell „zwangsdurchsucht“ worden waren, um Zwangspfändungen zu vollstrecken. Und wo es nicht reicht, die Wohnungen nach Pfändbarem zu durchsuchen, wird gleich das ganze Haus versteigert. Das geschieht rund hundert Mal im Jahr und keines ist ein Spielzeughaus!

IN MERKERS-KIESELBACH erzählte man uns, dass der SPD-Bürgermeister, der 18 Jahre im Amt war – wen er in der DDR vertrat, fand ich nicht heraus – das Handtuch geworfen hat. Von einem Journalisten nach seinen Motiven befragt, wurde er drastisch deutlich: „Einnahmen um jeden Preis, das ist die Devise. Ich habe immer versucht,

Wanderungen durch Neufünfland

Doch lieber Pioniere als Kinderarmut

die Bürger zu vertreten, habe immer versucht, Kommunalpolitik und Sozialpolitik in einem Boot zu lassen ... Wenn man als Bürgermeister das Gefühl hat, dass man durch sein Handeln Existenzen gefährden könnte, dann sollte man aufhören. Und genau das tue ich jetzt.“

DEN NAMEN „ANNE FRANK“ TRÄGT DIE FÖRDERSCHEULE für Sprachbehinderte in Meiningen. Die lese- und rechtschreibschwachen Kinder gingen wie alle anderen Schüler in die Winterferien und wie alle anderen zogen sie mit ihren Zeugnissen nach Hause. Die Lehrerin, Evelin Kirchner, so hörte ich, freue sich, dass man die 1974 entstandene Klasse „über die Wende gerettet hatte“ und fügte noch hinzu „zum Glück“. Zum Glück der Kinder, die aus dem Kreis und noch von weiter her zum Lernen nach Meiningen kommen. Nun könnte es aber mit dem „Glück“ bald vorbei sein. Auch in Meiningen muss nämlich gespart werden. Natürlich hat man auch „Begrün-

dungen“ bei der Hand: nämlich die gestreckte Schuleingangsphase. Ich fand nicht heraus, worum es sich dabei dreht, aber mir war klar, dass sich die Lage für die lese- und rechtschreibschwachen Kinder nicht bessern wird. Jedenfalls: Hut ab vor all den Lehrern in Neufünfland, die sich mühten das eine oder andere zu retten. Sie wissen schon, was ich meine!

EIN BÜNDNIS GEGEN KINDERARMUT hat man gegründet und in Haldensleben dieser Tage erörtert. Schockierend die Zahl: In Sachsen-Anhalt leben 26,7 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in Haushalten, die mit den Einkünften von Hartz IV auskommen müssen. In der Zeitung las man: „Ein gesunder Hintergrund sind Eltern in Arbeit“, meinte Dr. Peter Koch (SPD). Wer arbeitet, fühle sich wohl und bestätigt und gebe dies an die Kinder weiter. Viele würden am Zustand der Arbeitslosigkeit zweifeln und könnten so ihren Kindern keine positive Orientierung vermitteln.“

Wohl wahr, aber wer kennt den Weg dorthin? Es muss ein Pfad sein, den niemand mehr findet, denn die Zeit, da alle in Neufünfland wenigstens Arbeit hatten und ihren Kindern eine positive Orientierung vermitteln konnten, liegt schon eine Weile zurück und wenn Sie mich fragen: Vielleicht doch lieber Pioniere als ein Bündnis gegen Kinderarmut ...

• KLAUS HUHNS



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 28. Februar, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Empirische Forschungsergebnisse zum politischen Mentalitätswandel seit 1987 aus philosophischer Sicht.* Mit Prof. Dr. Peter Förster, Leipzig ***
Harkortstr. 10

Mittwoch, 1. März, 19 Uhr, Dresden

Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung – Mehr Risiken als Chancen? Mit Dr. Rolf Reißig, Berlin ***
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 7. März, 16 Uhr, Leipzig

Kolloquium anlässlich des 75. Geburtstages von Prof. Dr. Jutta Seidel: *Parteibildungsprozesse der Linken in der Entstehungszeit der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Schröder, Taucha.
Harkortstr. 10

Mittwoch, 8. März, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung: *„Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“, Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915–1917.* Mit dem Herausgeber Prof. Dr. Heinz Deutschland, Berlin
Harkortstr. 10

9. März bis 7. Mai, Dresden

Von der Abwesenheit des Lagers – Reflexionen zeitgenössischer Kunst zur Aktualität des Erinnerns. Ausstellung Kunsthau Dresden in Kooperation u. a. mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Städtische Galerie für Gegenwartskunst, Rähnitzgasse 8

Freitag, 10. März, 16 Uhr, Leipzig

Mit Frauen aus aller Welt – Über Frauen in aller Welt. Internationaler Frauentag 2006. Begegnung – Forum – Gespräch. Mit Dr. Monika Runge, MdL. In Zusammenarbeit mit LISA Leipzig
Harkortstr. 10

Sonnabend, 11. März, 10 Uhr, Chemnitz

Globalisiertes Chemnitz – Eine Stadtführung. Eine Initiative der Chemnitzer Gruppen von attac, ai, Greenpeace, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Der Weltladen sowie von engagierten Einzelpersonen unter dem Namen „Was tun?“. Anmeldung unter Volkshochschule Chemnitz, Tel.: 0371/4884311. Treffpunkt: 10 Uhr
Industriemuseum Chemnitz, Zwickauer Str. 119

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:

Bis 19. 3.: Siegelbaum, Krebs und Schnabelfisch – Fossilien der Erdgeschichte

4. 3. bis 28. 5.: Emil Adolf Roßmäßler – Wegbereiter des Naturkundemuseums

Veranstaltungen:

2. 3., 14 Uhr, 5. und 12. 3., 10.30 Uhr: Führung durch die Sonderausstellung Siegelbaum, Krebs und Schnabelfisch – Fossilien der Erdgeschichte

7. 3., 15 bis 16 Uhr: Sonderveranstaltung für Kinder Ein Blick ins Tagebuch der Erde – Fossilien

Öffentliche Veranstaltung der DKP Leipzig

Thema: *Nicht nur Deutschlands Zukunft – die wissenschaftlich-technische Revolution, die Klassen und der Klassenkampf*

Referent: Dr. Klaus Hesse

27. 2., 18 Uhr, Liebkechthaus Leipzig Braustr. 15

Theatrum

Leipzig, Miltitzer Allee 52

4. und 5. 3., 20 Uhr: Don Quichotte oder wie Löffel nach Spanien ritt und Dorde einfach mitrittete. Gastspiel „Knalltheater“ – ab 14 Jahre

10. und 11. 3., 20 Uhr: Ein wundervoller Sonnenuntergang. Jugendtheaterprojekt – ab 15 Jahre

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

9. 3., 19 Uhr, Günter Grabbert: Lesung aus Büchern von Stefan Heym *Immer sind die Männer schuld.* Eintritt: 5 Euro, mit Leipzig-Pass 2,50 Euro

Nach einer Anhörung im August **Miami Five vor dem Appellationsgericht** Haftbedingungen während der fast 2005 hatten drei Berufungsrichter entschieden, dass das im Jahr 2001 in Miami gefällte Urteil gegen die Angeklagten nicht „gerecht und unparteilich“ gewesen sei. Gegen diesen Gerichtsentcheid erzwang die Bundesstaatsanwaltschaft eine erneute Anhörung, die am 14. Februar vor dem Berufungsgericht in Atlanta stattfand. Gegen die achtjährigen Untersuchungshaft haben zahlreiche Solidaritäts-Komitees und prominente Persönlichkeiten schriftlich protestiert. Der Prozess findet international große Beachtung. Während der einstündigen Anhörung war der Gerichtssaal brechend voll. Die Verteidigung rechnet in etwa zwei Monaten mit einem Ergebnis des Verfahrens.

NEW Rote Hilfe jetzt auch wieder in Leipzig

... darum spendet an

Rote Hilfe Leipzig
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 43060967, Kto 4007238305



ROTE HILFE LEIPZIG
C/O KARL-LIEBKNECHT-HAUS, BRAUSTR. 15, 04107 LEIPZIG
SPRECHSTUNDE JEDEN 1. DO IM MONAT, 19-20:00 IM LINUXNET, BORNAISCHE STR. 3D

LEIPZIG@ROTE-HILFE.DE - WWW.ROTE-HILFE.DE

Natur pur

Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern
Ferienbungalows in landschaftlich reizvoller Lage zu vermieten!

- in Jabel b. Waren/Müritz, ruhige Lage im Wald
- zwei Bungalows für je 2–3 Personen, mit Wohnraum (TV mit SAT-Programm), Schlafraum, Küche mit E-Herd, Kühlschrank, Kaffeemaschine, Wasserkocher, warmes und kaltes Wasser, IWC mit Dusche (Heizmöglichkeit), Sonnenterrasse mit Gartenmöbeln und Gartenschaukel
- Bademöglichkeit in einem sauberen See
- günstiger Ausgangspunkt für Wanderungen im Müritz-Nationalpark (dort Fahrradausleihe)
- in der Zeit vom 20.5. bis 21.10.2006 sind noch freie Plätze
- Übernachtungspreis pro Bungalow 185 Euro/Woche. In diesem Preis sind die Kosten für Wasser und Elektroenergie enthalten.
- Zeltaufbau für Kinder möglich
- Anfragen und Informationen:

ab sofort an Fritz Rasenberger
Dorfstr. D 64
04523 Elstertrebnitz
Tel.: 034296 75901

oder an Fam. Halle
Am Kirschberg 11
04209 Leipzig
Tel.: 0341 4210748

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Offener Brief von Mitgliedern und SympathisantenInnen der Linkspartei.PDS an deren Bundesvorstand und Parteirat

Dem sozialistischen Kuba gehört unsere Solidarität. Solidarität verbietet Kritik nicht. Sehr wohl aber schließt sie aus, sich dem scheinheiligen Gezeter derer anzuschließen, die Kuba wieder der Kapitalherrschaft unterwerfen möchten. Nichts anderes wollen die USA und deren Bündnispartner. Seit beinahe fünfzig Jahren widersteht das Land dem gewaltigen brutalen Druck des weltweit mächtigsten imperialistischen Staates. Nicht zuletzt deshalb verkörpert Kuba für ungezählte Menschen in aller Welt Hoffnung. Nicht so für André Brie, Helmuth Markov und Gabriele Zimmer. Weitab vom Schuss stimmten sie einer Kuba-feindlichen Resolution im Europaparlament zu. Mittlerweile findet dieses Verhalten das Verständnis von Sylvia-Yvonne Kaufmann und Felekna Uca. Uns, den Unterzeichnenden dieses offenen Briefes fehlt jegliches Verständnis für das Abstimmungsverhalten der drei Abgeordneten. Sie haben nicht irgendeinen Fehler begangen. Sie haben das Vertrauen missbraucht, dass Ihnen Wählerinnen und Wähler entgegenbrachten.

Gerade deshalb fordern wir den Bundesvorstand und den Parteirat der Linkspartei.PDS auf, ein deutliches Wort zu sprechen. Angesichts der existentiellen Kuba drohenden Gefahren ist das von Sozialistinnen und Sozialisten nicht zuviel verlangt. Es wäre zum Beispiel das richtige Signal, dem Abstimmungsverhalten Sahra Wagenknechts öffentlich zuzustimmen.

Berlin, 10. 2. 2006

Den ErstunterzeichnerInnen Ellen Brombacher, Rim Farha, Thomas Hecker und Jochen Traut schlossen sich inzwischen über 900 weitere Unterzeichner an.

Weitere Unterschriften an: thomas.hecker@email.de

Günther Röska

Pfarrer, Büchersammler und Raubmörder

Vor 160 Jahren starb Johann Georg Tinius

Johann Georg Tinius, geboren 1764 in Stan-kow, Niederlausitz, und gestorben 1846 in Königs Wusterhausen, lebte als Pfarrer von 1809 bis 1813 in Poserna bei Weißenfels und nach der Entlassung aus der Haft bis 1841 in Zeitz. In der Elsterstadt erschien bei Webel 1836 auch sein Buch *Der jüngste Tag, ob, wie und wann er kommen wird*.

Weshalb musste der Gottesmann eine 22-jährige Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafe (1813 bis 1835) verbüßen? In der Posernaer Zeit war Tinius ein leidenschaftlicher Büchersammler und korrespondierte mit Bibliotheken und Gelehrten des In- und Auslandes. Er war häufiger Gast in Antiquariaten, Buchhandlungen und auf Auktionen im Buchhandelszentrum Leipzig, wo er seltene und kostbare Ausgaben bzw. ganze Bibliotheken erwarb. Einigen Quellen zufolge soll seine Bibliothek sogar bis zu 60 000 Bände umfasst haben. Freilich reichten für die Erwerbung einer derart großen Büchersammlung seine Einnahmen aus der Pfarrstelle nicht aus, und Tinius geriet auf dunkle, abgründige Wege. Zunächst veruntreute er Kirchengelder. Ab 1810 sollen sich in der Umgebung von Weißenfels wiederholt Raubüberfälle auf Reisende ereignet haben, die allein in der Postkutsche saßen und Geld bei sich führten. Der Täter, so hieß es, habe seinen männlichen Opfern vergifteten Schnupftabak und den Damen vergiftete Blumensträuße angeboten. Wer sich davon bediente, schlief bald ein. Als die Reisenden erwachten, war nicht nur der freundliche Unbekannte, sondern auch das Geld verschwunden. Der Verdacht fiel zwar auf den Pastor von Poserna, die Taten konnten ihm aber nie nachgewiesen werden. Überführt werden konnte Tinius jedoch 1813 des Mordes an der reichen Leipziger Witwe

Kuhnhardt, die er mit einem Hammer erschlug. Es kam zum Prozess und zu seiner Verurteilung.

Literarisch gestaltet wurde das widerspruchsvolle Leben des hochbegabten, jedoch charakterlich anfälligen Geistlichen z.B. im Buch *Zwischen Kanzel und Kerker – Geschichte einer verirrten Leidenschaft* von Walter Gerullis, erschienen im Volksverlag Weimar 1958. Wie der Autor in einer Nachbemerkung schreibt, hat er sich u.a. auf Prozessakten gestützt, die in der Obhut des Rates des Kreises Zeitz im ehemaligen Landesarmenhaus aufbewahrt wurden.

Für den wissenschaftlich-historisch interessierten Leser gibt die Abhandlung zum Fall Tinius von Dr. Ruppelt im Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel Nummer 86/1996 weiterführende Informationen.



Georg Tinius' Pfarrkirche in Poserna im Jahr 1800, gezeichnet von Karl Stratil



Mal real, mal fiktiv. Wer wird gesucht?

Судрим Окрас als Clara Zeitkin in "Wo andere schweigen", Clara Zeitkin auf dem Weg zum Reichstag

Seid nett zueinander!

Das Telefon klingelt. Herr M., der gerade an seinem Schreibtisch vor sich hindöst, zuckt vor Schreck zusammen, so tief sitzt sein allgemein schlechtes Gewissen. Dann nimmt er den Hörer ab. „M.“, meldet er sich.

„Sind Sie Herr M.?“, fragt eine angenehm freundliche Frauenstimme.

„Ja, bin ich“, versichert er.

„Guten Tag, Herr M. Wir sind ein bundesweit agierendes Servicebüro ...“

M. ist, wie gehabt in solchen Fällen, im Begriff, sofort aufzulegen, da hört er im Hintergrund eine undeutliche Männer-

stimme. Die freundliche Telefonistin fühlt sich offensichtlich in ihrer Arbeit gestört, denn sie ruft plötzlich und ungehalten: „Ach, leck' mich doch am Arsch!“

Geschichten von Herrn M.

Als Herr M. begreift, dass nicht er gemeint sein kann, schickt er ein herzliches „Ha, ha, ha, ha“ durch die Leitung. Und das Mädchen freut sich nun auch.

Leipzig, Hauptbahnhof, Bahnsteig 16. Etwa 100 oder ein paar mehr Leute stehen rum und werfen hin und wieder missmutige Blicke in Richtung Bahnhofseinfahrt. Gleich muss er doch kommen, der Zug, verdammt noch mal!

Da meldet sich endlich eine junge Frauenstimme von der Bahnsteigansage: „Verehrte Reisende ..., doch plötzlich unterbricht fröhliches Lachen die Ansage. „Hör auf!“, juchzt das Mädchen.

Vor Freude und allgemeiner Heiterkeit entgeht manchem Reisenden die nun mit mühsam bewahrtem Ernst vorgetragene Fortsetzung der Durchsage, die da lautet: „Der als verspätet gemeldete Schnellzug aus Hof zur Weiterfahrt nach Berlin hat voraussichtlich weitere zwanzig Minuten Verspätung.“

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Der Preis für Heizöl ist in den letzten Jahren um 50 % gestiegen. Viele Bewohner Bostons (USA) werden in diesem Winter in ihren Wohnungen erfrieren. Jetzt kommt Hilfe aus Chavez' Venezuela. Nach Vermittlung durch Joe Kennedy (Verwandter von John F. und Robert K.) liefert Venezuela Heizöl für die Armen in den USA zu äußerst günstigen Bedingungen. 3sat 30. 1.

70 % aller BRD-Hauptschüler haben keine Aussicht auf dem Ausbildungsmarkt. DLF 30. 1.

Berufsausbildung für Selbstzahler heißt ein neues Modell. So zahlen z. B. Eltern für die Ausbildung ihres Sohnes zum Elektroniker 500 Euro im Monat. ARD 30. 1.

Die wirtschaftliche Lage der Rentner soll künftig noch stärker als bisher an der Beschäftigungssituation orientiert werden. So werden im kommenden Jahr erstmalig 100 000 Rentner fristlos entlassen. Eulenspiegel 2/06

In der BRD gibt es mittlerweile 1300 Kinosäle, 600 bis 650 Säle zuviel. 2005 war mit 700 Millionen Umsatz ein schlechtes Jahr

für die Kinokonzerne. Mit DVD wurde im gleichen Jahr ein Umsatz von 2,3 Milliarden Euro erzielt. DLF 5. 2.

A E G = A m E n d e G efeuer. WDR 4. 2.

Unsere Autobahnen sind ja keine Straßen mehr, sondern dienen als rollende Lagerhäuser. WDR 6. 2.

Wenn in Finnland ein Beschäftigter vor Eintritt des Rentenalters entlassen wird, muss die Firma bis zum Rentenalter für ihn aufkommen.

Vor einigen Jahren musste die Besatzung eines Müllfahrzeuges in Baden-Württemberg 500 Mülltonnen pro Tag räumen, heute sind es 800. Früher saßen im Fahrzeug drei Arbeiter, in Zukunft sollen es nur noch zwei sein. beides ZDF 7. 2.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Pardon für unseren Scanner: Er hat in LN 3 '06 statt 2 Millionen Menschen, 32 Millionen Menschen eingelese, die in der BRD inzwischen zwei oder drei Arbeitsstellen haben (müssen), um der Armut zu entgehen.

Die Jugend muss auf alle Fragen eine Antwort haben und das Alter auf alle Antworten eine Frage.

*
Es gibt zwei Methoden, die Welt zu betrachten: die eine verwendet ein Vergrößerungsglas und die andere eine Augenbinde.

*
Wer auf der Höhe der Zeit sein will, muss ihre Tiefe ergründen.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,

Tel./Fax (Redaktion): 0341/21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

21. Februar

Die nächste Ausgabe erscheint am 10. März

Spendenkonto

für Projekt linke Zeitung e. V.

bei der Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40